

# Correspondenzblatt

der  
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50.  
Postzeitungsnummer 1657.

Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften  
erhalten das Blatt gratis.

Redaktion:  
P. Umbreit,  
Marktstraße Nr. 15, II.  
Hamburg 6.

## Inhalt:

|   | Seite |
|---|-------|
| Eine christliche Gewerkvereinsbewegung in Italien .....   | 769   |
| Gesetzgebung und Verwaltung: Die Seemannsordnung<br>im Reichstage. — Berichterstattung der Gewerbe-<br>Inspektoren über Skretts. — Neuwahl des österreichischen<br>Arbeitsrates .....   | 772   |
| Wirtschaftliche Rundschau .....   | 772   |
| Soziales: Arbeitslosigkeit und Herbergen .....  | 775   |
| Arbeiterbewegung: Parteitag der österreichischen<br>Sozialdemokratie. — Zur Angelegenheit der<br>Hamburger Akkordmaurer. — Beendigung Gebiets-<br>streit im graphischen Gewerbe. — Achtstundentag-<br>Demonstration in Australien ..... | 775   |
| Kongresse: Dritte Generalversammlung des Ver-<br>bandes der Graveure und Ziseure Deutsch-<br>lands .....  | 778   |

|   | Seite |
|---|-------|
| Lohnbewegungen: Der Generalfreist der fran-<br>zösischen Bergarbeiter. — Zur Situation der deutschen<br>Glasarbeiterausperrung .....  | 780   |
| Arbeiterschutz: Gesetzesentwurf für die Getreide-<br>tenden. — Bauarbeiterschutzinspektion in Braunschweig.<br>— Achtstundentag für den belgischen Bergbau. — Kinder-<br>arbeit in Amerika .....            | 782   |
| Gewerbegerichtliches: Wahlen in Pirmasens, Eisenach,<br>Hirschberg und Belbert. — Einigungsamt in Massachusetts .....   | 783   |
| Justiz: Gewerkschaft und Privatversicherung. — Politische<br>Erklärungen von Gewerkschaften in Bayern .....   | 784   |
| Kartelle, Sekretariate: Arbeiterssekretäre in Mannheim und<br>Hohenlimburg gesucht. — Keine Sammellisten mehr! —<br>Gewerkschaftskartell und Wahrung berechtigter Interessen .....                          | 784   |
| Anderer Arbeiterorganisationen: Arbeitslosenzählung bei<br>den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. — Kongress der<br>christlichen Gewerkschaften in München. — Christlich-polnische<br>Gewerkschaften ..... | 784   |

## Eine neue christliche Gewerkvereinsbewegung in Italien.

„Wer hätte noch vor einem Jahre gedacht, daß sich die italienischen Katholiken endlich auch einmal zum wirklichen Handeln, zu praktischer sozialer Arbeit emporzuschwingen würden.“

Mit diesem recht bezeichnenden Satz beginnt in Heft 6, 128. Band der ultramontanen „Historisch-politischen Blätter“ eine Abhandlung über „Die christlich-demokratische Bewegung in Italien.“ „Zehn Jahre“ seien nach der „herrlichen Enzyklika Rerum novarum“ verfloßen, kein katholischer „Volksführer“ Italiens hat es für nöthig gefunden, sich des nach Lebensfreude ringenden italienischen Proletariats anzunehmen. Ja, sogar schüchterne Bestrebungen in dieser Richtung von Glaubensgenossen hat der hohe Klerus unterbunden und noch heute sind „Feinde überall“.

In Italien dasselbe Bild wie anderwärts. Sobald die selbstständige Arbeiterbewegung beginnt, öffentlichen Einfluß zu erlangen, stellen sich ihr die Erbfeinde entgegen mit eigenen Gründungen besonderer „Arbeiterorganisationen“. In Belgien stemmte sich der Klerikalismus mit Macht gegen jede Verleihung von Staatsbürgerrechten an die Arbeiterklasse. Als diese sich dann Ende der 70er, anfangs der 80er Jahre selbst half durch Errichtung von Genossenschaften aller Art, dieselben zusehends an Einfluß gewannen, da

entstanden 1886 die „katholisch-demokratischen“ Genossenschaften und Gewerkschaften. In Frankreich stellt der mit dem Sozialismus fraternisierende Klerus den Syndikaten der Arbeiter die „gelben Syndikate“ der christlich-patriotischen Arbeiter gegenüber. Innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle ist die Gesellschaft Liechtenstein-Lueger eifrig dabei, den sozialistischen Arbeitervereinen „christlich-soziale“ Auch-Arbeiterorganisationen gegenüber zu stellen. Bei uns in Deutschland mahnte vor acht Jahren Herr Bachem, den „um sich greifenden sozialdemokratischen Gewerkschaften christliche Vereine“ in den Weg zu werfen und heute ist ja auch eine „große christliche Gewerkschaftsbewegung“ installiert, an der freilich die Gründer immer weniger Freude erleben. Welchen Zweck die Väter der „christlichen Demokratie“ in Italien verfolgen, spricht die Abhandlung in eingangs genannter Zeitschrift klipp und klar aus: Sie wollen „den Sozialismus zum Heile Italiens in seinem Siegeslaufe nicht nur hemmen, sondern, so Gott will, auch besiegen!“ Das ist des Pudels Kern und in der That, wäre die „Bewegung“ zum Heile der Proletarier gegründet, so hätte sie schon lange da sein sollen, denn wohl keine Arbeiterchaft ist so verelendet, wie die Italiens.

Die katholische Zeitschrift ist unvorsichtig. Bei uns in Deutschland wird aus Leibeskräften bestritten, daß die christlichen Gewerkschaften von dem politischen Klerus gegründet und geleitet werden. Für Italien

mittelt wird. Als Berichtsperiode kann nur das abgelaufene Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dez.) berücksichtigt werden. Die Fragebogen sind bis spätestens zum 1. Februar des neuen Jahres der Generalkommission zurückzusenden. Die ersten Fragebogen für die nächste Erhebung gelangen demnächst zum Versand. Wir ersuchen die Gewerkschaftskartelle, in Rücksicht auf eine einheitliche, vergleichbare Berichterstattung, ihr Rechnungsjahr mit dem 31. Dezember zu schließen, soweit dies nicht schon bisher geschah. Es empfiehlt sich, die alljährlich seitens der Kartelle etwa erhobenen Mitgliederstatistiken auf einen einheitlichen Zeitpunkt innerhalb des letzten Quartals (am besten auf den 1. Dezember) zu verlegen, sofern dieselben nicht vierteljährlich erhoben werden. Wo solche Statistiken bisher nicht aufgenommen, sondern nur die Durchschnittsziffern der vertretenen Gewerkschaften aus beliebigen Zählungen übernommen wurden, da dürfte sich die Einführung einheitlicher Erhebungen empfehlen.

Mit der Durchführung dieser einheitlichen Berichterstattung über alle Gewerkschaftskartelle erübrigt sich die Einsendung auszugsweiser Jahresberichte der einzelnen Kartelle. Wir legen also darnach auf schriftliche Berichterstattung der Kartellvorstände keinen weiteren Werth. Der Austausch der gedruckten Jahresberichte und sonstiger Drucksachen soll indeß dadurch keine Einbuße erleiden. Anstatt der Jahresberichterstattung ersuchen wir die Vorstände der Kartelle, uns über wichtige Kartellbeschlüsse und sonstige Maßnahmen behufs Publikation im „Korrespondenzblatt“ sogleich Mitteilung zu machen.

Hamburg 6, Marktstr. 15, 2. St.

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.  
C. Legien, Vorsitzender.

### Genossenschaftliches.

Eine Einkaufsgenossenschaft der Schuhmachergehülfen in Frankf. a. M. hat sich, wie die „Frankf. Volksstimme“ berichtet, in Anlehnung an eine dafelbst errichtete gleiche Genossenschaft der Schuhmachermeister gebildet. Zweck derselben ist der gemeinsame Einkauf sämtlicher Bedarfsartikel für Schuhmacher und sonstiger Konsumartikel. Das notwendige Kapital wird durch Ausgabe von Antheilscheinen in Höhe von fünf Mark aufgebracht und mit 3 pZt. verzinst. Zur leichteren Erwerbung eines Antheilscheines werden Marken à 20  $\frac{1}{2}$  ausgegeben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, innerhalb eines Jahres einen Antheilschein zu erwerben. Die Waaren müssen baar bezahlt werden; zur Kontrolle bei Waarentnahme dienen Rabattmarken.

Augenscheinlich handelt es sich um eine Genossenschaft von Hausarbeitern für den gemeinsamen Einkauf der Futuraturen.

Die Kohlenminen den Konsumenten! Unter dieser Marke berichtet der „Schweiz. Konsumverein“: Die stete Kohlenvertheuerung hat außer den großen wirtschaftlichen Konsequenzen auch die Folge, daß die englische Genossenschaftsbewegung einen großen Schritt vorwärts geht.

Unter dem Namen „West Yorkshire coal Federation“, konstituierte sich eine Genossenschaft zum Zweck des Ankaufs und Betriebes auf Rechnung der Konsumgenossenschaften, der Kohlenlager bei Pontefract. Zuerst handelt es sich um den Ankauf der Domäne Upton Hall (190 ha, Preis Frs. 1 250 000) und, sofern das Bedürfnis es erheischt, weiterer angrenzender 2130 ha. Die Kohlenschicht befindet sich in einer Tiefe von 600 m und bedingt dies natürlich die Anlage einer Anzahl Schächte. — Die Totalausgaben — Boden, Maschinen und Sicherheitsarbeiten — werden auf  $4\frac{1}{2}$  Millionen Francs geschätzt, welche die Konsumvereine gegenwärtig zu zeichnen haben. Die Produktion

ist auf 9000 Tonnen pro Woche geschätzt und kann leicht abgesetzt werden, indem in der betreffenden Provinz nicht weniger als 690 000 Konsumgenossenschaftsmitglieder sich befinden. Bei Annahme eines Spielraumes von Frs. 1,50 pro Tonne des Produktionspreises wird auf einen jährlichen Gewinn von Frs. 2 800 000 gerechnet. Die Einkaufsgenossenschaften von Manchester sollen jedoch die Leitung an die Hand nehmen. Nach Sir James Foilly haben die englischen Kohlenzechen in den letzten 15 Jahren 1886/1900 2802 Millionen Tonnen gefördert, an welchen 100 901 000 Pfund Sterling (à Frs. 25) Reingewinn erzielt wurden.

Wie viel Glend könnte bei Verstaatlichung der Kohlenminen damit gemildert werden?

### Aus anderen Arbeiterorganisationen.

Mit der Krankenversicherungs-Reform befaßte sich am 10. Oktober eine gemeinsame Versammlung der christlichen Gewerkschaften Berlins, in welcher der Lithograph Tischendörfer referierte. Die von der Versammlung angenommene Resolution stellte folgende Forderungen auf:

1. Ausdehnung der Unterstützungspflicht auf 26 wöchige Dauer;
2. Erweiterung der Versicherungspflicht auf alle invalidenversicherungspflichtigen Personen;
3. Gewährung von freien Arzt und Medizin an Familienangehörige erkrankter Mitglieder;
4. Erhöhung der gesetzlichen Mindestleistung für Mitglieder und für die Familien Heilanstaltsverpflegter;
5. Vereinigung aller Zwangskassen zu einheitlichen Orts- oder Bezirkskassen und Veranstaltung einheitlicher Krankheitsstatistiken;
6. Einführung von fünf Beitragsklassen entsprechend der Invaliditätsversicherung;
7. Beseitigung des Unterschiedes zwischen versicherungspflichtigen und versicherungsberechtigten Mitgliedern;
8. Freie Arztwahl innerhalb bestimmter Bezirke;
9. Zulassung weiblicher Ärzte;
10. Berechtigung zur Errichtung eigener Kassenapotheken, bezw. behördliche Festsetzung ermäßigter Arzneitagen;
11. Einführung von Schiedsgerichten für Streitigkeiten zwischen Kassen, Ärzten und Apothekern, im Anschluß an die Gewerbegerichte;
12. Beseitigung des Rechtes der Krankengeldabzüge bei Ueberversicherung;
13. Heranziehung krankheitsbelasteter Betriebe zu erhöhten Beiträgen;
14. Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften, Gemeinden und Staaten zu den Kurkosten für Unfallverletzte;
15. Verbot für Arbeitgeber, die Selbstversicherung des Arbeiters in einer Hilfskasse zur Bedingung des Arbeitseintritts zu machen;
16. Zulassung des Rechtsweges gegen aufsichtsbehördliche Entscheidungen an das Reichsversicherungsamt.

Diese Forderungen decken sich mit denen seither von Arbeiterorganisationen und Krankenkassen erhobenen Forderungen. Auffällig berührt es indeß, daß ein Mann, der in einer zentralisierten Gewerkschaft unserer Richtung hohe Ämter bekleidet, sich gleichwohl zum Wortführer christlicher Sonderorganisationen hergiebt. Wir waren der Meinung, daß Genosse Tischendörfer sich längst darüber klar geworden sein müsse, in welcher der Gewerkschaftsrichtungen er die Arbeiterinteressen zu vertreten habe. Niemand kann zwei Herren dienen! Es geht nicht an, Führer einer freien Gewerkschaft zu sein, die vor Allem die Zersplitterung der Arbeiter in Sonderorganisationen verurtheilt, und dann diese feindlichen Organisationen zu unterstützen. Die Abwehr der reaktionären Krankenversicherungspläne der Regierung hat sicherlich nicht auf das Erwachen der christlichen Gewerksvereine gewartet. Ihre Versammlung dient vor Allem propagandistischen Zwecken, und solche zu fördern, sollten am Allerwenigsten Führer unserer Gewerkschaften die Hand bieten. Wen sein Herz zur Sonderbündelei zieht, der kann nicht in unseren Reihen Führer sein.

dieser Beziehung in Deutschland möglich ist, dafür erbringt Herr Pfarrer Brüll im „Handwörterbuch für Staatswissenschaften“ einen eklatanten Beweis, indem er schreibt: „ehe noch sonst in Deutschland kaum Jemand daran dachte“, habe Bischoff Ketteler „seit 1865“ die „Reorganisation der Berufsstände, insbesondere des Arbeiterstandes in's Auge gefaßt“ (a. a. O. 6. Band, II. Auflage, Seite 835). Der klerikale Herr Brüll könnte sich im „Handwörterbuch“ selbst davon überzeugen, daß 1865 schon der Sozialdemokrat Fritsche den heute noch bestehenden Tabakarbeiterverband **gründete**. Fritsche schritt schon zur That, da war Ketteler noch in Gedanken versunken. Aber so wird's gemacht, der Effekt ist, daß draußen im Lande die Priorität der ultramontanen Arbeiterpolitik verflüchtigt wird. Siehe auch den berühmten „Antrag Galen“.

Sodann die „Demokratie“. Jede wahre Demokratie ist dem Klerikalismus wesensfeindlich. Daher auch sein Zögern und Hemmen gegenüber der Bewegung des „unteren Volkes“. Nur die bittere Noth, die Angst um den Einfluß auf die Wählermassen in den Arbeiterdistrikten veranlaßt die Kleriker, sich den Anschein zu geben, als seien sie Freunde der Arbeiterorganisation. Beweise dafür sind massenhaft zu erbringen. Erinnert sei an die Encyklika „Rerum novarum“, in der der Papst die Streikenden „Auführer“ nennt, die die Staatsgewalt mit Waffenmacht niederschlagen solle. In diesem autorisierten Schriftstück ist im Grunde genommen jede Arbeiterkoalition, die sich nicht unter allen Umständen willig dem Unternehmer zeigt, verdammt. Man lese auch die knifflische Schrift: „Die soziale Noth und der kirchliche Einfluß“, oder die Broschüre über: „Die soziale Frage und die staatliche Gewalt“, beide von dem Jesuitenpater Lehmann (Stimmen aus Maria-Laach).

Durchaus klar kommt die prinzipielle Gegnerschaft der Ultramontanen gegen die Freiheit des Volkes zum Ausdruck bei dem hervorragendsten katholischen Geschichtsschreiber J. Janssen. Die „Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“, ein hochkonservatives Blatt, schrieb 1872 über die „Herrschaften des neuen Deutschen Reiches“: „Schrankenlose Gewerbefreiheit, Koalitionsfreiheit (!), Freizügigkeit (!), Gleichberechtigung der atomistischen Kopfzahlwahlen (!), Herrschaft des Majoritätsprinzips und damit Souveränität von unten“, hätte das neue Reich gebracht und daran würde es zu Grunde gehen. „Finis Germaniae!“ Dieser Wuthausbruch gegen die Verleihung von Staatsbürgerrechten an das „untere Volk“, eignete sich Janssen an“ in seiner Schrift über die sozialen Zustände Berlins (s. Pastor: Johannes Janssen. Ein Lebensbild. Seite 63).

Daß gerade dieser Janssen, der als Mensch und Gelehrter thurmhoch über den heutigen klerikalen

Leuchten stand, seinem Haß gegen Vereinsrecht und Wahlrecht der Arbeiter, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit so offen Ausdruck verlieh, ist kennzeichnend für die wahre staatsrechtliche Auffassung des politischen Klerikalismus, als dessen ehrlichster und bedeutendster neuzeitlicher Interpret Janssen anzusehen ist. Wer seinen Blick umwendet in die überwiegend katholischen Länder, weiß, daß der Frankfurter Historiker nur das sagte, was seine Glaubensgenossen an der Klinken der Gesetzgebung thun.

Wenn nun trotzdem der Klerus sogar in von ihm herabgewirthschafteten Ländern, wie Italien und Belgien, es fertig bringt, die Armen und Glenden vor seinen Wagen zu spannen, so ist das ein sehr beachtenswerthes Beispiel politischer Anpassungsfähigkeit. Dieser Poloniusnatur kommt man nicht bei mit wüstem Draufschlagen, sondern man muß sie eingehend studiren! In Heft 9 der „Historisch-politischen Blätter“ bespricht ein Autor die Ursachen der Inferiorität der Katholiken und es ist erstaunlich, wie dieser Kirchengläubige die Lehre vom Milieu und sogar die geschichtsmaterialistische Methode zu handhaben weiß! Im selben Heft schreibt ein Herr Gruzyn über das „Wesen des Christenthums nach Harnack“; er empfiehlt seinen Parteigenossen: „Um einen Gegner zu widerlegen, muß man sich auf seinen Standpunkt zu versetzen wissen, sonst bleibt die Auseinandersetzung auf die Gegner unwirksam!“

Das möchten wir den Förderern der freien gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in vom Klerus beherrschten Gegenden auch zurufen. Man sieht wieder in Italien, wie sich die Dunkelmänner in alle Ritzen drängen, wie sie ein feinmaschiges Netz über ihre Opfer auswerfen, sie ganz in die genehmen Gedankengänge einspinnen. Man irtt sich unsererseits, wenn man die Wortführer der christlichen Gewerkschaften aus Arbeiterkreisen alle als Charlatane oder Heuchler einschätzt. Viele von ihnen sind ehrlich überzeugt von der sozialen Nützlichkeit ihres Thuns. Sie sind manchmal recht gut beschlagen in der gegnerischen Literatur, systematisch sind sie eingeschult worden von den sozialpolitizierenden Kaplanen.

Bei uns fehlt da recht viel! Man erstaunt, auch bei Leuten, die gar wohl noch eine klerikale Erziehung genossen, so wenig Wissen über die „eigentliche“ Geschichte und Bedeutung der klerikalen Propaganda zu finden. Da ist es begreiflich, daß oft die unrichtigsten Mittel angewendet werden, um die tagenschlauren Gegner zu besiegen. So leicht ist der Kampf mit diesen denn doch nicht, mit klingenden Worten richtet man nichts aus. Gewisse Angriffe erregen sogar das höchste Entzücken der Kaplanokratie.

Gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisationen müssen weit mehr als bisher ihren fähigen Mitgliedern Gelegenheit geben, sich speziell für den Krieg gegen die bezeichnete Stelle zu waffnen.

scheint dieses Manöver nicht nöthig zu sein, aber wir haben nun doch ein Schulbeispiel, wie es gemacht wird.

Die klerikale „Societa di cultura sociale“ in Rom giebt seit dem 3. Februar 1901 ein Blatt heraus: „Die Zukunft Italiens“, das heute schon über 15 000 Abonnenten haben soll und in dem das „Programm der christlichen Demokratie“ propagiert, vor den „Lockungen und Werbungen“ des Sozialismus gewarnt wird. Auch in Florenz und Bologna erscheinen heute ähnliche Organe; sodann machen nunmehr die klerikalen Blätter Italiens in „sozialer Frage“, vor Allem das Hauptorgan „Osservatore“ (Mailand) und die „Unita cattolica“ (Florenz), nachdem die „neueste Enzyklika über christliche Demokratie“ (1901) das „erlösende Wort“ gesprochen. Der Papst hat nämlich die Ungefährlichkeit dieser „Demokratie“ betont und ihm nach betete Herr Lieber in Osnabrück: „Die christliche Demokratie bedeutet nichts weiter als — der katholische Volksverein“.

Jetzt konnte das Werk beginnen. Von den „respektiven bischöflichen Ordinariaten“ wurde „Entsendung von Priestern“ verlangt, die „namentlich die Gründung von beruflichen Organisationen mit Rath und That unterstützen“. Hier sehen wir unverhüllt den Kleriker als Gewerkschaftsgründer! „Die Zeichen der Zeit“ müßten verstanden werden, die italienischen Katholiken sollten jetzt ihr „Hauptaugenmerk auf die berufliche Organisation und Ausbildung des gesammten Arbeiterstandes“ richten. Dann könne man „retten, was noch zu retten ist!“

Und so sind denn auch hervorragende klerikale Parteigänger wie Professor Toniolo, P. Semerie, P. Bossovich, Professor Murri und zahlreiche katholische Studenten unausgesetzt auf Agitation, um Konferenzen abzuhalten, Zweigvereine, Diskussionsklubs, soziale Kurse usw. zu gründen. Auch einige italienische Giesherbs sollen schon aus dem Arbeiterstande ausgebildet sein, die in „allen Theilen der Halbinsel“ agitieren für die christlichen Gewerkschaften.

Das gewerkschaftliche Programm wird wie folgt entwickelt: Strittige Angelegenheiten zwischen Arbeitgeber und -Nehmer „so viel wie möglich auf friedlichem Wege zu schlichten“; bei Abschließung von Arbeitsverträgen die Arbeiter und bauerlichen Kolonisten (!) zu unterstützen; gute Entlohnung; Gründung von Arbeitsnachweisen; Hülfe für entlassene Sträflinge; Beistand mit Rath und That in familiären (!), administrativen und gesetzlichen Angelegenheiten der Arbeiter; Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen; Regelung der Frauen- und Kinderarbeit.

Das Programm ist recht reichhaltig; charakteristisch ist, daß die Gründer eventuell auch den Streik als zulässig erklären, ganz im Gegensatz zu den Vätern der deutschen christlichen Gewerkschaften, die

bekanntlich ursprünglich „Nichtkampfvereine“ getauft wurden. Aber die Taufe allein thut's nicht, wie die kurze Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland lehrt.

Was die Form der Organisation anlangt, so ist sie zunächst nicht nur lokal, sondern auch inter-beruflich. Alle Arbeiter eines Ortes werden in lokalen „Ligen“ ohne Rücksicht auf Beruf zusammengefaßt (natürlich nur so weit sie zu haben sind) und erst später soll es zu Branchenorganisationen kommen. Beruflich gegliederte „Sektionen“ sollen schon jetzt bestehen in Mailand, Florenz, Bologna, Pavia, Rom und im Süden.

Ziffern über die Stärke der „stammenswerth fortschreitenden Bewegung“ werden leider nicht veröffentlicht, ein Analogon zu ähnlichen „Bewegungen“ anderer Länder.\* Wohl aber wird gemurmelt über das „Herunterreißen der Genossen“; besonders der „Avanti“ thue sich hervor. Auch die „liberale Regierung“ stellte sich der christlichen Demokratie feindlich gegenüber, begünstige aber die „rothen Herrschaften“. Da es ein Aufwaschen ist, so wird auch eine halbe Druckseite darauf verwendet, über den „unerträglichen Terrorismus der Genossen“ und „Verleumdungen über Verleumdungen gegen die Kirche und das Christenthum“ (also ist das doch zweierlei!) zu klagen. Man sieht, derselbe Faden wie bei uns, nur eine italienische Nummer. —

Diese Gründungsgeschichte bietet für uns recht beherzigenswerthe Lehren. Die sozialistischen *societa di resistenza*, die eigentlichen Gewerkschaften Italiens, bestehen schon in einzelnen Zweigorganisationen (Hutmacher, Buchdrucker) seit den 70er und 80er Jahren, in dem letzten Jahrzehnt sind die Metallarbeiter, Eisenbahner zc. hinzugekommen; in den Arbeiterkammern (*camera di lavoro*) haben sie ihren Zentralpunkt. Ueber die schweren Kämpfe unserer italienischen Brüder, über das Glend der Italiener brauchen wir nicht zu reden, das ist weltbekannt. Was hat der Klerikalismus gethan, um diesen Ringenden ihr Loos zu erleichtern? Garnichts! Er selbst gesteht ein, daß erst seit einem Jahre sein soziales Gewissen erwacht sein soll, und daß nur parteipolitische, nicht humanitäre Gründe das „Erwachen“ herbeiführten, ist ja auch wörtlich noch zu lesen im wissenschaftlichen Hauptorgane der deutschen Klerikalen. Aber wie lange noch, und wir werden lesen, daß in Italien nicht nur die „christliche Demokratie“ allen sozialen Fortschritt allein inaugurierte, sondern auch zuerst auf dem sozialen Kampfplatz für die Arbeiter trat! Was in

\* In der „Römischen Volkszeitung“ vom 22. November lesen wir, die „Cultura sociale“ gebe neuerdings an, die christlich-soziale Partei Italiens gliedere sich in 300 Zweigvereine; 7 Regionalcomités für Propaganda und ein Zentralcomité für ganz Italien (Sitz in Rom). Ob wir es hier mit Berufsorganisationen zu thun haben, wird nicht gesagt, auch Mitgliederziffern werden nicht angegeben.  
D. B.

„Hochstraße des Weltverkehrs“ geworden. Sprach man dereinst vom „völkertrennenden“ Ozean, so ist er heute die größte tragfähigste Brücke zwischen den Völkern und Kontinenten geworden. Man mag die soeben äußerlich zum Abschluß gelangte größte russisch-sibirische Eisenbahn nach den fernsten Gestaden Ostasiens als ein epochemachendes Kulturwerk preisen, in ihrer Bedeutung für den Welthandel wird sie unendlich übertroffen durch die wachsenden Handelsflotten, die Europa und Amerika nach Ostasien senden und in Ostasien unterhalten.

Zuletzt artete diese Entwicklung in ein förmliches Wettrennen der Nationen aus. Deutschland setzte seinen alten zähen Kampf gegen die überragende Stellung Englands mit verdoppeltem Eifer fort; nach den Erfolgen im nord- und südafrikanischen Verkehr suchte es neue Lorbeern im fernen Osten, wo es zum Theil die englische Konkurrenz sogar durch Ankauf englischer Schiffahrtsgesellschaften aus dem Felde schlug. Doch auch die Vereinigten Staaten rührten sich in gleicher Weise, in erster Linie im Stillen Ozean, im „Mittelmeer der Zukunft“, daß sie durch die Aneignung und Eroberung Hawaiis und der Philippinen auch unter ihrem politischen Einfluß zu halten suchen. Seit geraumer Zeit schickt sich jedoch Amerika weiter an, große Verbindungslinien auch nach Europa in die eigene Hand zu bekommen und so mit Hilfe seiner großen Transkontinentalbahnen den Ring von Osten nach Westen zu schließen. Was sich an deutschen Hoffnungen und Plänen um den Namen Vallin gruppirt, das knüpft sich in der Union, nur noch unternehmender und vielleicht auch noch aussichtsvoller, an den Namen Morgan.

Auch in anderen Ländern steht es seit Jahr und Tag nicht viel anders. Man erinnert sich nur an die allgemeine politische Widerspiegelung dieses Handelsaufschwunges und dieses gesteigerten internationalen Konkurrenzkampfes: an die allseitige Vermehrung der Kriegsschiffe, der Schiffahrtssubventionen, der transoceanischen Stabelanlagen.

Selbst bei einem immerwährenden Wirtschaftsaufschwunge hätte die Ueberproduktion an Schiffsfrachtraum sich mit der Zeit geltend machen müssen. Wenn sie trotz des wirtschaftlichen Niederganges nicht sobald fühlbar wurde, so lag das an ganz vorübergehenden, außerordentlichen Glücksumständen. Erst brachte der südafrikanische Krieg eine Hochfluth von ungewöhnlichen Aufträgen; ganze Schiffslotten liefen regelmäßig von England aus, um Menschen, lebendes und todes Kriegswaterial, Vorräthe aller Art dem niemals sich schließenden Abgrunde Transvaals zuzuführen; Pferdetransporte setzten sich von Ungarn, von Australien, von Canada aus in Bewegung. Die gleiche Ablenkung zahlreicher Schiffe vom gewöhnlichen Handelsverkehr brachte dann abermals der chinesische Krieg. Mit alledem ist es nun vorbei. Wenn Südafrika vielleicht noch etwas höhere Nachfrage nach Schiffsraum bewirkt, so geht dafür augenblicklich von Amerika eine entsprechende Minder-nachfrage aus: die Maisernte ist allzu dürftig ausgefallen, um die sonst normale Maisausfuhr aufrecht erhalten zu können; dies wirkt weiter zurück auf die Viehhaltung, die man einschränkt, und damit auf den Vieh- und Fleischexport, ferner auf den Export von Delfischen, die Amerika sonst in Mengen dem europäischen Markte als werthvolles Kunstfuttermittel zuführte, die es jedoch jetzt stärker zur Ausfüllung seines eigenen Futterdefizits zurückbehält. So tritt nunmehr die niedergehende Konjunktur mit voller Wucht auch für den Seeverkehr in Wirkung, hier und da vielleicht noch gemildert durch Nothausfuhr zu jedem Preise, wie sie in manchen Industrien seit der Krise eingetreten sind, im Großen und Ganzen jedoch unaufhaltsam wie ein Naturverhängniß.

Insofern ereilt die Rhedereien lediglich das Schicksal, das andere Erwerbszweige bereits erfaßt hat. In

mancher Beziehung ist jedoch die Lage der Rhederei noch viel prekärer.

Wenn in der Industrie große Neubauten sich vollziehen, große Neuausrüstungen im ganzen technischen Apparat, so scheiden die überlebten alten Werke zum größten Theile aus der Aktivität aus: sie werden nicht mehr in Betrieb gehalten und fallen so für den Markt und das Waarenangebot hinweg. Anders bei den großen Rhedereien. Jedes neue Schiff ist nicht nur tragkräftiger und schneller; es rechnet selbst bei gleicher Tragfähigkeit eigentlich mehr als ein Schiff, weil mit der größeren Sicherheit die Ersatzquote für Verluste sich verringert und weil die größere Schnelligkeit die Häufigkeit der Reisen steigert. Doch noch mehr: die abgestoßenen älteren Schiffe sind wohl für das Angebot seitens der Rhederei selber ausgeschaltet, aber nicht für das allgemeine Angebot von Schiffsraum; oft sind sie zu Schleuderpreisen ausgeschieden worden, bleiben jedoch gerade darum weiter konkurrenzfähig, während die neuen Dampfer mit sehr hohen Selbstkosten zu Buche stehen, da sie in den theuersten Zeiten gebaut sind. Ferner erwachsen auch heute noch alle Wochen und Monate neue Konkurrenten, da Schiffsbauten erklärlicherweise auf lange Zeiträume in Bestellung gegeben sind und nicht jeden Augenblick eingestellt und rückgängig gemacht werden können. Während Herr Vallin auf eine internationale Vereinbarung über die Stilllegung von Schiffen hinarbeitet, laufen fortgesetzt neue Schiffkörper vom Stapel. Nimmt man hinzu, daß die Syndikatspolitik manche Ausgaben, wie die für den enormen Kohlenbedarf der Dampfer abnorm hoch hält, so tritt die Unerfreulichkeit des ganzen Zustandes drastisch zu Tage. Dem „himmelhoch jauchzend“ ist auch hier das „zu Tode betrübt“ rasch gefolgt. Wie zuletzt 1893/94 wird man sehr bald vor einem geradezu ruinösen Tiefstande der Frachten stehen.

Damals nahm auch die Arbeitslosigkeit unter den Matrosen und der in den Häfen thätigen Bevölkerung rapid zu. Die Löhne gingen scharf zurück. So verzeichnet die Reichsstatistik als durchschnittliche Monatsheuer der Vollmatrosen:

|            | für Hamburg | für das ganze Nordseegebiet |
|------------|-------------|-----------------------------|
| 1889 ..... | M. 57,84    | M. 56,75                    |
| 1890 ..... | „ 59,94     | „ 58,89                     |
| 1891 ..... | „ 59,90     | „ 59,13                     |
| 1892 ..... | „ 56,96     | „ 57,24                     |
| 1893 ..... | „ 55,78     | „ 55,47                     |
| 1894 ..... | „ 50,53     | „ 52,32                     |
| 1895 ..... | „ 50,47     | „ 52,47                     |

Mögen die See- und Hafenarbeiter ihre Erfahrungen aus jener Zeit auffrischen und ihre Abwehr- und Schutzmaßnahmen entsprechend treffen.

\* \* \*

Für den Schiffsbau ist, wie erwähnt, die Lage noch immer eine halbwegs gute; ein Lohnruck könnte hier zunächst höchstens von außen kommen: von der Arbeitslosigkeit in denjenigen Gewerben, die verwandte oder gleichartige Berufsarbeiten ausführen.

Nach Mittheilungen der Unternehmerpresse waren an Handelschiffen Ende September in Deutschland 193 700 Tonnen Dampfer im Bau (46 000 Tonnen mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres, dazu 4800 Tonnen Segler. Vielleicht haben uns darin die Vereinigten Staaten schon etwas überflügelt, denn sie verzeichneten gleichzeitig 220 000 Tonnen Dampfer und 12 000 Tonnen Segler; inebz sind dabei die Fahrzeuge für die großen See- und Flußmündungen mit eingerechnet, die bei uns also der, allerdings wesentlich anders gearteten Binnenschiffahrt und ihren Produktionsstätten zugetheilt werden würden. Gegen den englischen Schiffsbau ist Deutschland jedoch, trotz aller Fortschritte, noch weit

Lernen wir die gegnerische Literatur, ihre Argumente und Vergangenheit gründlich kennen! Geben wir die ängstliche Einseitigkeit auf, sonst kommen wir nicht weiter. Den Gegner verstehen, heißt ihn erfolgreich bekämpfen. In erster und letzter Linie bleiben die von dem politischen Klerus eingefangenen Arbeiter unsere Klassen-genossen. Diese Anschauung muß unser Verhalten bestimmen, dann werfen wir auch rascher, als er glaubt, die ganze „christliche Demokratie“ über den Haufen.

Otto Hué.

### Gesetzgebung und Verwaltung.

**Die Seemannsordnung im Reichstage.** Der Reichstag hat seine Verhandlungen am 26. November wieder aufgenommen und als ersten Verathungsgegenstand die Novelle zur Seemannsordnung auf die Tagesordnung gesetzt. Von Interesse ist die Amtsniederlegung des bisherigen Vizepräsidenten des Reichstages, v. Frege, eines konservativen sächsischen Junkers, der es mit seltenem Mißgeschick verstand, selbst in die allereinfachsten Situationen der Verhandlungen Verwirrung hineinzubringen. Schade um ihn! Er war die unfreiwillige Obstruktion auf dem Präsidentenstuhle und hätte uns vielleicht bei der Verathung der Zollvorlage werthvolle Dienste geleistet. Die Wahl seines Amtsnachfolgers wurde vertagt. — Die Verathung der Novelle zur Seemannsordnung gab bereits bei den ersten Paragraphen Gelegenheit, zu erkennen, wie sich die bürgerlichen Parteien mit dieser wichtigen Materie abfinden wollen. Daß von ihren Beschlüssen das Wohl und Wehe eines ganzen Berufes abhängt, der in der aufopferndsten Weise seinen Dienst versehen und zur Größe der deutschen Seeschifffahrt beigetragen hat, scheint für die Reichstagsmehrheit minderer Bedeutung zu sein, als die Rücksicht auf die einseitigsten Interessen der Schiffseigner. So wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach der Bundesrath Vorschriften über Zahl und Art der Schiffsteleute neben solchen über Zahl und Art der Schiffsoffiziere (wie die Kommission beantragte) erlassen sollte, nach kurzer Debatte abgelehnt, obwohl alle Redner den Grundgedanken desselben als gut anerkannten. Man wollte diesen Gedanken durch ein besonderes Besatzungsgesetz geregelt wissen und die Reichstagsbeschlüsse nicht mit Forderungen belasten, die den Rednern noch mehr als die bereits gefaßten Kommissionsbeschlüsse unangenehm werden könnten. Die Debatte über die Zusammenfügung und Verhandlung der Seemannsämter wurde nicht zu Ende geführt. — Die Organisation der Seeleute hat eine Petition nebst Denkschrift an den Reichstag gerichtet und den Abgeordneten zugänglich gemacht, die ein überreiches Material über die Leiden der seefahrenden Arbeiter enthält und die Mittel zur Abhilfe, sowie eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zur vorliegenden Novelle zur Seemannsordnung enthält. Wir hoffen, daß das hier vorgelegte Material nicht ohne günstigen Einfluß auf die Weiterverathung des Reichstages bleiben, sondern die Neigung zu nachdrücklicherem Schutz der Seeleute und den Widerstand gegen die Abschwächungsanträge der Rednervertreter befestigen wird. Die Schrift, betitelt „Ein Nothschrei der seemannischen Arbeiter in Deutschland“\* giebt Jedem erschöpfende Auskunft über die Lage und Forderungen dieser Berufsgruppe und kann zur Information allen Gewerkschafts- und Parteitreifen bestens empfohlen werden.

**Die Berichterstattung der Gewerbe-Inspektoren über Streiks und Aussperrungen** war durch reichsamtliche Anordnung in Rücksicht auf die jährlich erhobene

Streitstatistik als überflüssig erachtet und ausgehalten worden. Nunmehr ist aber der Reichsregierung die Unzulänglichkeit dieses statistischen Materials selber fühlbar geworden und sie weist diese Beamten an, wieder wie früher über Ursachen, Umfang und Verlauf der besonders bemerkenswerthen Ausstände und Aussperrungen zu berichten. Eine diesbezügliche Verfügung ließ der Reichskanzler am 10. Oktober dem preussischen Handelsminister Möller zugehen. Diese Verfügung beweist, daß die Reichsregierung den Streiks wieder eine erhöhte Aufmerksamkeit widmet und daß sie von den rein ziffermäßigen Mittheilungen der Statistik offenbar nicht befriedigt ist. Daß sie diese Mittheilungen von Seiten der Gewerbeaufsichtsbehörden erwartet, dürfte schon aus praktischen Gründen geschehen, da die polizeilichen Berichte häufig Mangel an Sachkenntniß und einseitige Quellenbenutzung aufwiesen, also in jeder Hinsicht unzuverlässig waren und vielfache Angriffe erfuhren. Wenn die Reichsregierung zu ihrem neuerlichen Vorgehen auch ihre eigenen, für uns nicht ganz unbedenklichen Gründe haben mag, so kann man doch die Berichterstattung der Gewerbe-Inspektoren über Streiks gutheißen. Nur wäre zu wünschen, daß die Aufsichtsbeamten, besonders die preussischen, sich auch bei den Arbeiterorganisationen über solche Thatfachen unterrichten, über welche sie ihr Urtheil abgeben. In den früheren Berichten wimmelte es oft von falschen Darstellungen und schiefen Auffassungen über die Lohnkämpfe der Arbeiter.

**Der österreichische Arbeitsbeirath** des arbeitsstatistischen Amtes ist neu zusammengesetzt worden. Der Handelsminister ernannte folgende Personen:

Arbeitervertreter: Czerny, Fraß, Jarolim, Kunschak, Müller, Querefer, Smita, Strigl, Svejda, Widholz (sechs Vertreter der Gewerkschaften, ein deutsch- und ein tschechisch-nationaler und zwei christlich-soziale Vertreter).

Unternehmervertreter: Adler, Füllinger, Eger, Ginzky, Hallwich, Jahn, Josephy, Kolischer, Welter und Wieninger.

Wissenschaftler: Bärnreither, Carus, Hainisch, Horacek, Mišchler, Philippovich, Pilat, Schindler, Verfaul und Weiskirchner.

### Wirthschaftliche Rundschau.

**Die allgemeine Lage. — Die Schifffahrt und Seefrachten. — Der Schiffbau. — Rückgang der Eisenbahntransporte. — Kohle und Eisen. — Der englische Arbeitsmarkt im Oktober.**

In den Industriebezirken Arbeitslosenversammlungen, um die schläfrigen Behörden aus ihrer Unthätigkeit aufzurütteln — an der Börse Bestrebungen zur „Herabsetzung der normalen Arbeitszeit“, und im Kurzzettel eine stetig wachsende Zahl der bedenklichsten Gedankenstriche statt eines wirklichen Preises — Preisherabsetzungen sogar beim Koaksverband und in Wälsche wohl auch bei der Kohlenvereinigung selber: dem Syndikat der Syndikate — selbst um den erfolggekrönten Herrn Ballin herum bedeutlich lange Gesichter und im internationalen Schifffrachtverkehr eine schwere Stockung, die Anzeichen einer vielleicht verheerenden Krisis — so kennzeichnet sich das Bild der verflorenen Wochen.

Das größte Aufsehen erregten die Mittheilungen über die Schwierigkeiten der deutschen Redereien, und doch sah man, ähnlich wie vorher in der Elektrizitätsindustrie, das Unwetter schon lange heraufziehen. Im Grunde muß man sich wundern, daß der Hereinbruch sich so lange verzögerte.

Das Meer ist mit der raschen Aufschließung neuer Länder, mit der rapiden Höherentwicklung der alten Kulturgebiete in immer hervorragenderem Maße die

\* Verlag des Seemannsverbandes in Deutschland. Hamburg Paul Müller, Hafenstr. 116.

Einer Reduzierung auch der Kohlenpreise sieht man nunmehr in aller nächster Zeit entgegen. Unterdeß spinn sich der Konkurrenzkampf zwischen der rheinisch-westfälischen und der englischen Kohle in den deutschen Nordseeflüßengebieten weiter fort. An der Unterweiser soll die deutsche Kohle durch Unterbietungen und bessere Aufbereitung Fortschritte erzielt haben. Indes sind im Westen am 15. November größere Kündigungen an Arbeitern erfolgt. Auch die Löhne der in den Gruben Beschäftigten werden weiter gedrückt. Als Schreckgespenst benützt man dabei vielfach das Auftauchen der amerikanischen Kohle auf europäischen Märkten — ein Faktor, den man kaum hoch einschätzen kann, wenn man die Preispolitik des rheinisch-westfälischen Syndikats weiter verfolgt sieht.

Der Rückschlag des verringerten Kohlenbedarfs auf den Kohlenmarkt ist jedoch nicht abzuhalten. Nach amtlicher Zusammenstellung betrug in den ersten drei Vierteljahren 1901 die Steinkohlenförderung in den preussischen Bergwerken 75 761 092 Tonnen gegen 75 826 875 To. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, der Absatz 71 163 568 gegen 71 999 445 To. Die Förderung ist also um 65 783 To. oder 0,09 pZt., der Absatz dagegen um 835 877 To. oder 1,16 pZt. zurückgegangen. Dies zeigt deutlich, wie stark der Absatz hinter der Förderung zurückgeblieben ist. Im dritten Vierteljahr allein war die Förderung um 275 016 To. oder 1,05 pZt., der Absatz um 539 890 To. oder 2,16 pZt. niedriger als im Vorjahre. Die Förderung im schlesischen Kohlenrevier hat im laufenden Jahre bisher die vorjährige noch um 330 496 To. (1,50 pZt.) überstiegen, wogegen der Absatz um 60 215 To. (0,29 pZt.) hinter dem von 1900 zurückgeblieben ist. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund war die Förderung mit 43 818 930 To. um 414 411 To. oder 0,94 pZt., der Absatz um 757 849 To. oder 1,80 pZt. geringer als im Vorjahre. Das westfälische Kohlenrevier leidet also augenblicklich mehr unter der Ungunst der Verhältnisse als das ober- und niederriesische. Noch viel mehr zeigt sich dies, wenn man die Zahlen des dritten Vierteljahrs allein betrachtet. Im Oberbergamtsbezirk Breslau war die Förderung um 183 720 und der Absatz um 91 425 To. größer als im Vorjahre, im Oberbergamtsbezirk Dortmund dagegen war die Förderung um 513 240 und der Absatz um 661 834 To. kleiner.

Der Braunkohlenbergbau zeigt gegenüber dem Vorjahre eine sehr starke Steigerung. Die Förderung betrug in den drei Vierteljahren 27 431 551 To. gegen 24 339 863 i. J. 1900, der Absatz 20 961 503 To. gegen 18 877 835. Hiernach ist die Förderung um 3 091 688 To. oder 12,70 pZt., der Absatz um 2 084 168 To. oder 11,04 pZt. gestiegen. Also auch bei den Braunkohlen hat der Absatz mit der Förderung nicht gleichen Schritt gehalten, und dies ist Anfang November in der Nothwendigkeit einer Preisermäßigung auch für dieses Feuerungsmaterial zum Ausdruck gekommen.

\* \* \*

Erfreulicher ist das Bild, das die bekannten Feststellungen des Londoner Labour Department (Arbeitsamtes) über die Arbeitslosigkeit in England geben.

Darnach wäre in 142 Gewerkschaften mit durchschnittlich 544 827 Mitgliedern der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Oktober 3,7 pZt. gewesen — nach alter Gewerkschaftserfahrung keine besonders hohe Ziffer, wenn auch etwas höher als im Oktober des Vorjahres (3,3 pZt.).

Freilich ist mit der eigentlichen „Arbeitslosigkeit“ die Einwirkung einer Krisis auf die Arbeiterklasse bei Weitem nicht erschöpft. Das tritt auch in dem Memorandum des Arbeitsamtes klar hervor. Eine Senkung des durchschnittlichen Lohnniveaus wird zwar bestritten, aber für 483 117 Arbeiter in den Kohlengruben ergaben sich

durchschnittlich nur 5,36 Arbeitstage in den Oktoberwochen, gegen 5,63 Tage im Vorjahre. Eine solche Nicht-Vollbeschäftigung ist zweifellos den Arbeiterentlassungen weit vorzuziehen. Als Opfer der Krisis erscheinen jedoch auch hier die Arbeiter.

Wann werden wir in Deutschland über die Feststellungen eines „Arbeitsamtes“ verfügen?

Berlin, 22. November 1901.

Mar Schippel.

## Soziales.

**Arbeitslosigkeit und Herbergsstatistik.** Das Elend der Arbeitslosigkeit spiegelt sich auch in den Berichten über den Verkehr in den Herbergen und Verpflegungstationen wider. Diese sind jetzt zumeist überfüllt. Nach den Ermittlungen des Deutschen Herbergsvereins stiegen die in den 457 Herbergen zur Heimath Deutschlands zugebrachten Schlafnächte (Uebernachtungen) schon in dem Jahre 1900 auf 3 791 230, das sind 204 258 oder 6 pZt. mehr als 1899, die Zahl der mittellosen Wanderer (Verpflegungsgästige) auf 526 017, das ist ein Mehr von 50 949 oder rund 11 pZt., während die Zahl der durch die Herbergen zur Heimath vermittelten Stellenbesetzungen von 132 891 auf 125 789 zurückging, also eine Abnahme von 5,34 pZt. Noch viel stärker ist die Verkehrszunahme im Jahre 1901; bis Ende September war die Zahl der Durchreisenden in diesem Jahre durchschnittlich schon so hoch wie im ganzen vorigen Jahre. In Prozenten ausgedrückt: betrug die Zunahme 24,45 bei allen Durchreisenden, 17,72 bei den Selbstzahlenden, 42,03 pZt. bei den Verpflegungsgästigen; dagegen betrug die Abnahme der Stellenbesetzungen 5 pZt.

## Aus der Arbeiterbewegung.

**Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie,** der vom 2. bis 6. November in Wien stattfand, hat manche für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wichtige Beschlüsse gefaßt:

Das Hainfelder Programm vom Jahre 1888 wurde einer Revision unterzogen. Der wirtschaftliche Theil des neuen Programms lautet folgender Weise:

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnung.
2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.
4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.
5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorates; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

zurück, obwohl für deutsche Rechnung Handelsschiffe kaum noch in England gebaut werden (September 1901 nur noch 32 000 Tonnen), denn auf britischen Werften waren Ende September nicht weniger als 1 414 000 Tonnen im Bau, eine noch nie zuvor erreichte Zahl (gegen 1900 mehr 210 000 Tonnen, gegen 1899 und 1898 etwa 50 000 Tonnen mehr). Dagegen sind in England in den ersten neun Monaten des Jahres nicht ganz so viel Schiffe vom Stapel gelaufen, wie in den gleichen neun Monaten der beiden Vorjahre, nämlich 959 000 Tonnen gegen 985 000 Tonnen 1900 und 1 032 000 Tonnen 1899. Frankreich ist ganz und gar im Rückstande, sowohl im Umfange der gebauten Schiffe als in deren Beschaffenheit. Der Umfang betrug nur 142 800 Tons, und unter diesen waren mehr Segler als Dampfer, nämlich 84 600 Tons gegen 58 000 Tons Dampfer. „Frankreich gewährt mit seinem ganz verderblichen Subventionsystem den großen, minderwertigen Seglern so viel Staatsprämien, daß sie davon allein schon beinahe bestehen können und auf auskömmliche Frachten nicht zu sehen brauchen. Es gewährt diese Prämie für den Bau sowohl, wie hernach für die zurückgelegte Meilenzahl. Während fast alle anderen Länder ihre Segelflotte verkleinern oder mindestens die Dampferflotte in ungleich höherem Maße verstärken, macht Frankreich es umgekehrt; seine Dampferflotte hat brutto nur 19 000 Tons zugenommen, netto gar 28 000 Tons abgenommen, seine Segelflotte dagegen um 60 000 Tons zugenommen.“

Die Zunahme der Riefenschiffe ist eine allbekannte Erscheinung, die sich auch in der Gegenwart wiederholt. Noch vor wenigen Jahren fielen Schiffe über 10 000 Registertonnen als seltene Ausnahmen kaum „ins Gewicht“. Vor einem Jahre waren 13 von mehr als dieser Größe in Bau; Ende September des laufenden Jahres waren es gar 18.

Die „veralteten“ Schiffe erfüllen natürlich sehr verschiedene Funktionen. Zum Theil sind sie nur als Renommierschiffe für die größten Reedereien veraltet, im Uebrigen noch mehr als durchschnittlich leistungsfähig. Sehr bedenkliche Fahrzeuge gehen häufig nach Norwegen für den Holzhandel, weil Holz „von selber schwimmt“. Viel Ausschub soll auch in den italienischen Gewässern bei den dortigen ruhigeren Seeverhältnissen und bei kürzeren Mittelmeerreisen Verwendung finden.

Die Ebbe im Baarenumsatz drückt sich in den Ergebnissen der Eisenbahnen nicht minder greifbar aus, wie in den Schiffstransporten. Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Uebersicht der Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen im Monat Oktober 1901 ergibt für 73 Bahnen, die schon im Oktober 1900 im Betrieb waren, Folgendes:

Gesamtlänge: 44 626,42 Kilometer.

| Einnahme   | Im Ganzen |            | Auf 1 km |         | Gegen das Vorjahr |
|--|-----------|------------|----------|---------|-------------------|
|  | M.        | M.         | M.       | M. pZt. |                   |
| für alle Bahnen im Oktober 1901  |           |            |          |         |                   |
| aus dem Personenverkehr  | 41788329  | ÷ 1044932  | 958      | ÷ 43    | +4,30             |
| aus dem Güterverkehr   | 106669944 | ÷ 3936470  | 2401     | ÷ 138   | +5,44             |
| für die Bahnen mit dem Rechnungsjahre 1. April bis 31. März in der Zeit vom 1. April bis Ende Oktober 1901       |           |            |          |         |                   |
| aus dem Personenverkehr  | 289026048 | ÷ 3097727  | 7827     | ÷ 220   | +2,73             |
| aus dem Güterverkehr   | 586356135 | ÷ 17351986 | 15580    | ÷ 748   | +4,58             |
| für die Bahnen mit dem Rechnungsjahre 1. Januar bis 31. Dezember in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Oktober 1901 |           |            |          |         |                   |
| aus dem Personenverkehr  | 67563798  | + 160424   | 10713    | + 134   | +1,24             |
| aus dem Güterverkehr   | 115463433 | + 7291854  | 18023    | + 1404  | +7,23             |

Auch hier ist demnach der Rückschlag, nachdem er in den Transporten nicht sofort zur Geltung kam, in allen Zweigen zu Tage getreten: im Personenverkehr, bei dem

die Luxusreisen, die Geschäftsreisen, die Arbeiterfahrten sich einschränken — im Güterverkehr, der für die produktive Weiterverarbeitung wie für den persönlichen Konsum weniger heranzuschaffen und fortzuführen hat.

Es wäre skandalös, wenn die staatlichen Verwaltungen, die den Ertrag der guten Jahre fast ausschließlich der Staatskasse zufließen ließen, den Minderertrag der schlechten Jahre durch Arbeiterverminderung und Lohnföhrung zum Theil auf den Lohfonds und die Arbeiter abwälzen wollten, wie das im Reiche des Herrn Thielen versucht wurde.

Die zarte Fürsorge für die materialliefernden Unternehmer hat sich unterdeß eher gesteigert. Wir haben diese Beschleunigung und Steigerung der Aufträge stets gebilligt; in den Arbeitslosenversammlungen ist sie ebenfalls immer wieder gefordert worden. Wir verlangen nur die gleiche Rücksichtnahme auch für den Arbeitsmarkt.

Uebrigens kommen jetzt auch aus unserem Nachbarland Oesterreich nähere Mittheilungen über die Aufträge der Staatsbahnverwaltung und zum Theil auch der Privatbahnen. Die Kredite, welche für sämtliche neu herzustellende Eisenbahnen und für die Verbesserung der Ausrüstung der Staatsbahnen ausgeworfen sind, machen für das Jahr 1902: 92,6 Millionen Kronen, und für das Jahr 1903: 102,2 Millionen Kronen, zusammen also 194,8 Millionen aus. „Der Betrag, welcher von dieser Summe für die Waggons, Maschinen- und Eisenindustrie zur Verwendung kommt, ist je nach dem Fortgang der Arbeiten verschieden zu schätzen. Man kann jedoch annehmen, daß die Summe, welche für diese Industriezweige in der erwähnten zweijährigen Periode verwendet werden dürfte, sich zwischen 60 und 100 Millionen Kronen bewegt. Innerhalb dieses Betrages werden sich voraussichtlich die Bestellungen der Regierung halten, welche der Maschinen-, Waggon- und Eisenindustrie in den Jahren 1902 und 1903 zu Gute kommen und für deren Vergebung die Vorbereitungen theils schon getroffen wurden, theils noch in Angriff genommen werden sollen.“ Wenn alle Gemeinde-, Provinzial-, Staats- und Reichsverwaltungen die Zeit der Stockung durch rascheste Förderung aller öffentlichen Arbeiten ausnützen wollten, so wäre manche Linderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

\* \* \*

Mehr von symptomatischer wie von wirklicher Bedeutung ist die Preisherabsetzung des Roafssyndikats für die Lieferungen des Jahres 1902. Im Aufsichtsrath am 18. November war man getheilte Meinung über den Schritt. Der einflußreichste Abnehmer war bekanntlich die Roheisenindustrie, die ihre Preise rapid herabgleiten sah, während ihr Brennmaterial gleich theuer, und zwar abnorm theuer, blieb. Die Eisentrifis ist jedoch bereits soweit fortgeschritten, daß die Ermäßigung des Roafspreises, selbst wenn sie sehr weit ginge, nur noch wie weiße Salbe bei schwerer Erkrankung wirken kann. Es gab daher auch nächstentliegendem Aufsichtsräthe im Roafssyndikat, die selbst die weiße Salbe zu kostspielig fanden und lieber Alles beim Alten lassen wollten. Das Ergebnis war ein Kompromiß; man reduzierte den bisherigen Lieferpreis von M. 17 nicht auf 14, sondern auf M. 15 für Hochofenroaf.

Die Hochofenbesitzer haben sofort erklärt, daß sie mit der Ermäßigung von M. 2 pro Tonne nicht auskommen können, da diese die Preise noch nicht einmal auf den Stand von 1900 herabbringt, wo die Eisenpreise weit bessere waren als jetzt. „In Luxemburg-Lothringen ist der Roheisenverband sofort zu einer Erhöhung der Produktionsbeschränkung von 35 auf 50 pZt. geschritten und die rheinisch-westfälischen Hütten werden wohl ebenfalls weiter den Betrieb einschränken.“ (Woff. Ztg.)

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Wittwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

In der Frage der Arbeiterversicherung wurde folgende Resolution angenommen:

Alters- und Invaliditätsversicherung,  
Wittwen- und Waisenversorgung.

„Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs befindet sich in vollster Uebereinstimmung mit den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung, die in den zahlreichen Versammlungen der jüngsten Zeit bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Wittwen- und Waisenversorgung erhoben wurden. Gleich den Resolutionen in den Versammlungen und der der Regierung und dem Abgeordnetenhaus vorgelegten, mit hunderttausenden Unterschriften gezeichneten Petition fordert auch er von der Regierung und dem Parlament:

1. Gesetzliche Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen (Arbeiter, Beamte, Diensthoten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Transport, Hausindustrie, freien und öffentlichen Berufen) sowie für Kleingewerbetreibende und Kleinbauern durch Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf dieselben, durch Einführung der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung der Wittwen- und Waisenversorgung.

2. Gewährung vorübergehender Unterstützungen und dauernder Renten in ausreichender Höhe in möglichster Anpassung an das Arbeitseinkommen der Versicherten unter Statuierung eines Existenzminimums und Wahrung schon bestehender Ansprüche gegen Pensions- und Provisionsinstitute. Bei der Invalidenversicherung, Wittwen- und Waisenversorgung ist, wie bei der bestehenden obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung, von der Einführung einer Karenzfrist abzuleben.

3. Ausgiebige Beitragsleistung durch den Staat, ohne welche weder Invaliditäts- und Altersversicherung noch Wittwen- und Waisenversorgung durchführbar sind. Was bisher an Subventionen für Privatbahnen und Schiffsahrtsgesellschaften, für mächtige Industriezweige und kapitalkräftige Bevölkerungsschichten geschehen ist, muß endlich der gesamten arbeitenden Bevölkerung zu Theil werden.

4. Sicherung der erworbenen Ansprüche bei eintretender Arbeitslosigkeit, entweder durch Schaffung eines eigenen Fonds zur Zahlung der Beiträge oder angemessene Erhöhung der laufenden Prämien.

5. Schaffung einer einheitlichen und einfachen, den Zwecken der Versicherung entsprechenden Organisation, für die eine weitgehende Selbstverwaltung durch die Versicherten die grundlegende Bedingung ist. Das Ziel dieser neuen einheitlichen Reorganisation des Versicherungswesens soll sein, daß die Grundlage örtliche Klassen bilden, die bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit Unterstützungen gewähren, während sie, zu territorialen Klassenverbänden vereinigt, die dauernden Renten bei der Invaliditäts- und Altersversicherung, bei der Wittwen- und Waisenversorgung sichern. Die Versicherten wählen ihre Vertreter auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die Rückversicherung sowie die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des ganzen Versicherungsgebietes hat durch einen Reichsverband und durch die Errichtung eines Reichsversicherungsamtes zu erfolgen.

6. Gewährung des weitestgehenden Einflusses an die Versicherungsinstitute bei Erlassung von Verordnungen

zur Verhütung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten; ebenso Theilnahme dieser Institute an der Ueberwachung der Fabriken, Werkstätten und Arbeitsplätze.

Der Parteitag erblickt an den zur Veröffentlichung gelangten Grundzügen für eine allgemeine Altersversorgung der Arbeiter einen lächerlichen und plumpen Versuch, die Lasten der Armenversorgung gänzlich auf die Schultern der Arbeiter zu überwälzen. Der Verwirklichung einer solchen Absicht würde die Sozialdemokratie Oesterreichs die schärfsten und wirksamsten Mittel der Abwehr entgegensetzen.

Der von der Regierung geplanten Revision der Gewerbeordnung, einem Flickwerk reichsdeutschen Musterts, setzt der Parteitag folgende Resolution entgegen:

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

„Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbeordnung beinhaltet nichts anderes als eine Konzeption an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgertums und eine Knebelung seiner Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiter, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen. Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stilübungen über die Verschärfung des Verschärfungsnachweises und den Ausbau der Zwangs-genossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehülfschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehülfsen dem Diktat bornierter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Der Parteitag protestiert auf das Entschiedenste gegen den plumpen Versuch, die reaktionäre Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859, die schon durch fünf Novellen verunstaltet wurde, durch eine neue gesetzgeberische Flickarbeit noch weiter zu verschlechtern und fordert die Schaffung eines den modernen Verhältnissen entsprechenden Gewerbegesetzes, das für den Schutz der Arbeitskraft aller im Lohn- und Dienstverhältnis stehenden Personen in wirksamer Weise Sorge trägt. Der Parteitag fordert den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, der immer wieder durch die Fürsorge der Regierung und des Parlaments für minderbedürftige Bevölkerungsschichten zurückgestellt wurde.

Sollte die Regierung kurzfristig genug sein, diese berechtigten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigenmächtig festhalten, so wird der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeitereindlichen Reform der Gewerbeordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

In der Erwägung, daß dem maßlosen Lehrlingselend durch keine schwächliche Reform ein Ende bereitet werden kann, fordert der Parteitag die Abschaffung des Lehrlingswesens und die Errichtung von Staatslehrwerkstätten zum Zwecke der Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses. Der Staat hätte nicht nur für die Einrichtung und Instandhaltung dieser Anstalten, sondern auch für eine angemessene Verpflegung der aufgenommenen Zöglinge Sorge zu tragen.

Auf das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik, durch den deutschen Zollgesetzentwurf zur aktualisten Tagesfrage auch für Oesterreich geworden, führt die folgende Resolution:

„Obzwar die Sozialdemokratie dem heutigen Klassenstaat die Fähigkeit aberkennt, die Produktion zu Gunsten der Gesamtbevölkerung regeln und einrichten zu können, erkennt sie die Nothwendigkeit an, daß der Staat, den heutigen Verhältnissen entsprechend, Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft.

Als die wirksamsten dieser Maßregeln erscheinen ihr solche, die auf die Hebung der geistigen und körperlichen

Arbeitsfähigkeit der Massen (Schulwesen, Arbeiterschutz) abzielen, sowie solche, die die Expropriierung und gemeinnützige Verwaltung der großen kapitalistischen Monopole (Eisenbahnen, Bergwerke, Eisenhütten) bezwecken.

Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden durch Erziehungszölle für die Industrie. In Ländern fortgeschrittener kapitalistischer Industrie werden diese Zölle aus einem Förderungsmittel ein Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, namentlich dort, wo man sie mit Agrarzöllen verbindet oder wo sie die Aufgabe haben, begünstigten Kapitalistengruppen Extraprofit zuzuschlagen.

Diese letzteren Zölle, ebenso wie Finanzzölle, sind unter allen Umständen auf das Entschiedenste zu bekämpfen als indirekte Steuern, welche auf der einen Seite die ärmsten Schichten der Bevölkerung am drückendsten belasten und auf der anderen Seite den unniützigsten und reichsten Schichten der Bevölkerung neue Millionen in den Schooß werfen.

Sie sind aber auch verwerflich als die größte Gefährdung des Abschlusses langfristiger Handelsverträge, deren die moderne Industrie dringend bedarf.

Von diesen Gesichtspunkten aus besteht die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie bei der augenblicklichen Gestaltung der Handelspolitik darin, den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grundlage der Meistbegünstigung sowie überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehrs zu fördern, dagegen alle Maßregeln auf's Schärfste zu bekämpfen, welche die Erhaltung oder gar Verstärkung der heutigen Finanz- und Agrarzölle, sowie aller privilegierenden Zölle, namentlich der Eisenzölle bezwecken.

In seinem Kampfe gegen dieses Zollsystem darf das Proletariat nur auf seine eigene Kraft bauen, denn die Bourgeoisie streckt auch auf diesem Gebiet vor den Regierungen, den Monopolisten, der hohen Finanz und dem Großgrundbesitz die Waffen und sucht ihnen Konzessionen nicht abzurufen, sondern abzuschachern auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Mit beneidenswerther Energie nahm der Parteitag den Kampf gegen den Alkoholismus auf:

In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholkwirkungen. Der Parteitag geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampffähigkeit des Proletariats in sich schließt.

An russische Verhältnisse mit ihren Verfolgungen von „Geheimdruckereien“ erinnert ein der Reichsrathsfraction überwiesener Antrag: „Bei der Verathung der Presse-reform zu beantragen, daß das Halten von Hefographen u. dgl. ohne behördliche Bewilligung gestattet sei.“

**In der Angelegenheit der Hamburger Affordmurer** veröffentlicht die mit den Einigungs-verhandlungen beauftragte Kommission folgende Erklärung.

In der gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs am 18. Oktober d. J. im Lokale von Springborn wurde der endesunterzeichneten Kommission der Auftrag erteilt, die „Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer“ zu einer Meinungsäußerung darüber zu veranlassen, ob sie geneigt seien, für die Folge von ihrem schädlichen Thun abzulassen und die Beschlüsse

der Partei und der anerkannten Gewerkschaftsorganisation ihres Berufes zu respektieren.

Die Kommission hat diesem Auftrage entsprochen, hat nichts unverzucht gelassen, eine Einigung zwischen dem Zentralverband der Maurer und der „Freien Vereinigung“ herbeizuführen.

Es muß leider konstatiert werden, daß alle Einigungsversuche an dem Widerstand der letzteren, der Sonderorganisation der Affordmurer, gescheitert sind. Während die Vertreter des Zentralverbandes der Maurer trotz des disziplinwidrigen Verhaltens der Affordmurer, denselben zwecks Rückkehr zur Organisation das größte Entgegenkommen bewiesen, ohne Weiteres die von Affordmurem abgeschlossenen Verträge bis zum Ablauf derselben anzuerkennen sich bereit erklärten, und das entscheidende Gewicht darauf legten, daß sich die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ verpflichten sollten, bei dem im Frühjahr nächsten Jahres abzuschließenden neuen Tarif mit der „Bauhütte“ sich der Entscheidung der Mehrheit ihrer Berufskollegen zu unterordnen, verlangte die „Freie Vereinigung“, daß die Mehrheit der Maurer Hamburgs sich ihrem Willen beugen und von vornherein zugestehen sollte, daß in den neuen Tarif ein Verbot der Affordarbeit nicht aufgenommen werden dürfte.

Enthielt diese Forderung schon von vornherein das Eingeständnis der Schwäche ihrer Position, die Ueberzeugung, daß mit sachlichen Gründen sich der von ihnen eingenommene Standpunkt der Affordarbeit nicht vertreten lasse, so mußte die Kommission ein solches Ansinnen um so energischer zurückweisen, als dasselbe im direkten Widerspruche mit allen in der Arbeiterbewegung bisher geltenden Grundsätzen steht. Wenn eine kleine Minderheit die Kühnheit besitzt, zu fordern, daß die Mehrheit sich ihrem Sonderstandpunkt unterzuordnen habe, so hört damit jede Disziplin, die Vorbedingung eines Erfolges im wirtschaftlichen Kampfe, überhaupt auf.

Die Kommission ist des Weiteren der Anschauung, daß wer — wie dies die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ thun — sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, den Beschlüssen der Mehrheit der organisierten Genossen konsequent und fortgesetzt entgegen zu handeln, damit das Recht verwirrt hat, auf den Ehrentitel eines Sozialdemokraten Anspruch zu erheben, vielmehr dadurch dokumentiert, daß er das ABC des Sozialismus noch nicht begriffen hat.

Die Kommission muß zu ihrem Bedauern konstatieren, daß sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Beweggrund der Affordmurer zu ihrem die gesamte Arbeiterbewegung schädigenden Treiben nichts Anderes als persönlicher Egoismus ist, und muß deshalb um so schärfer deren — jedes edlen Motivs entbehrenden — Handlungsweise verurtheilen.

Unter diesen Umständen konnte die Kommission zu keinem anderen Resultat gelangen, als den Parteivorständen in Hamburg zu empfehlen, entsprechend der beschlossenen Resolution vom 18. Oktober d. J. jetzt den Ausschluß derjenigen Mitglieder der „Freien Vereinigung“ aus den Parteioorganisationen zu vollziehen, welche nicht bis zum 1. Dezember d. J. bei dem Schriftführer der Kommission, dem Genossen R. Vêrard, Hamburg, Fehlandstraße 11, die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie, im Gegensatz zu dem am 19. November d. J. gefaßten Beschluß der „Freien Vereinigung“, gesonnen sind, sich dem Zentralverband der Maurer wieder anzuschließen und sich den Beschlüssen desselben zu fügen.

Hamburg, am 20. November 1901.

Die Kommission:

R. Vêrard. Th. Bömelburg. A. v. Elm.  
S. Mollenbuhr. E. Petersen. S. Steinbach. S. Stubbe.

\* \* \*

der Kontrollkommission. Aus den Berichten der Ersteren, die den Delegierten gedruckt vorliegen, ist Folgendes erwähnenswert: Die Zahl der Mitglieder ist von 933 im 2. Quartal 1899 auf 1331 im 3. Quartal 1901 gestiegen. Aufgenommen wurden insgesamt 1377 Mitglieder, es gingen also 979 oder über  $\frac{2}{3}$  der für den Verband Gewonnenen wieder verloren. Die Zahl der Mitgliedschaften ist von 23 auf 30 gestiegen.

Streiks und Lohnbewegungen fanden an zehn verschiedenen Orten statt, die theils mit, theils ohne Erfolg verliefen. Die Agitation ist sowohl mündlich wie schriftlich (durch Flugblätter und das Fachorgan) in umfassendem Maße betrieben worden. Internationale Verbindungen sind vom Vorstand angeknüpft worden, und zwar mit Erfolg.

Der Versuch, eine Verschmelzung des Verbandes mit der Organisation der Stoffdruckgraveure (Sig Elberfeld) herbeizuführen, hat leider bisher zu keinem Erfolge geführt. Es ist jedoch noch Aussicht vorhanden, daß zwischen den beiden Verbänden eine Verständigung zu Stande kommt. Vom Vorstand des Verbandes der Stoffdruckgraveure ist nunmehr ebenfalls der Wunsch geäußert worden, eine Aussprache zwischen Vertretern beider Verbände herbeizuführen. Eine diesbezügliche Konferenz dürfte also nach der Generalversammlung bald stattfinden.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes stellen sich in der verklossenen 2½ jährigen Geschäftsperiode wie folgt:

|               |             |
|---------------|-------------|
| Einnahme..... | M. 43380,61 |
| Ausgabe.....  | „ 36838,75  |

Ueberschuß... M. 6541,86

Bestand vom 31. März 1899..... „ 8506,81

Bestand am 30. September 1901..... M. 15048,67

Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten:

|  |           |
|--|-----------|
| Für Arbeitslosenunterstützung.....       | M. 4799,— |
| „ Reiseunterstützung.....                | „ 1807,68 |
| „ Gemäßregeltenunterstützung.....        | „ 472,—   |
| „ Streiks, a) im Verufe.....             | „ 4460,74 |
| „ b) an andere Gewerkschaften.....       | „ 1272,—  |
| „ Arbeitsnachweis.....                   | „ 675,55  |
| „ sonstige Unterstützung.....            | „ 161,—   |
| „ Rechtschutz.....                       | „ 131,74  |
| „ Fachzeitung.....                       | „ 7350,10 |
| „ Druckfachen.....                       | „ 620,25  |
| „ Agitation.....                         | „ 1662,10 |
| „ Verwaltungskosten, a) persönliche..... | „ 2527,56 |
| „ b) sachliche.....                      | „ 1022,97 |
| „ Statistik.....                         | „ 167,68  |

Zweite Generalversammlung..... 1139,65

Beitrag an die Generalkommission..... 337,72

Den Zahlstellen verblieben..... 7979,54

Arbeitslosenunterstützung wurde an 177 und Reiseunterstützung an 312 Kollegen gezahlt.

Beim Punkt **Arbeitsnachweis** wird zunächst vom Vorsitzenden des Verbandes, in dessen Händen die Leitung des Zentralarbeitsnachweises liegt, der Bericht über die Frequenz desselben in der Zeit von Januar 1899 bis Oktober 1901 erstattet. Daraus geht hervor, daß der Zentralarbeitsnachweis wie folgt in Anspruch genommen wurde: 1899 von 357 Gehülften und 301 Arbeitgebern, 1900 von 389 Gehülften und 259 Arbeitgebern und 1901 (10 Monate) von 511 Gehülften und 179 Arbeitgebern. Der Umstand, daß die Zahl der arbeitssuchenden Gehülften ganz bedeutend gestiegen, die Zahl der Arbeitgeber aber zurückgegangen ist, wird darauf zurückgeführt, daß sich der wirtschaftliche Niedergang auch bereits für Graveure und Ziselure recht empfindlich bemerkbar macht. Zu diesem Punkt liegen eine ganze Reihe Anträge vor, darunter auch der, „die lokalen Arbeitsnachweise aufzulösen und alle vakanten Stellen dem Zentralnachweis zur Vermittlung zu überweisen.“ Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die

Diskussion, in der von allen Seiten auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises hingewiesen, und als eine sehr werthvolle Einrichtung für die Mitglieder des Verbandes bezeichnet wird, ist eine sehr rege. Die gefaßten Beschlüsse sind durchweg rein geschäftlicher Natur. So wurde unter Anderem beschlossen, daß die Arbeitsvermittlung an den einzelnen Orten nach Möglichkeit den Unterstützungsanzahlern übertragen werden soll.

Einer der wichtigsten Punkte war die **Fachzeitung**.

Der Umstand, daß zwischen Zentralvorstand einerseits und Redaktion und Expedition sowie Preßkommission andererseits, ein unleidliches Verhältnis herrichte, führte zu einer recht erregten Debatte. Während die ganzen Verhandlungen der Generalversammlung von der persönlichen Animosität der leitenden Kreise in Berlin in recht unangenehmer Weise beeinflusst wurden, wurden bei diesem Punkte die Differenzen noch einmal in ihrer ganzen Tiefe aufgerollt. Daß dieser Zustand ein unhaltbarer und ein die Organisation im höchsten Grade schädigender ist, wurde von sämtlichen Vertretern eingesehen; es machte sich denn auch in dankenswerther Weise das Bestreben bemerkbar, denselben ein für alle Mal ein Ende zu bereiten. Eine ganze Reihe Anträge, die darauf hinauszielten, lagen vor. So wurde denn beschlossen: „daß für die Folge der Redakteur der Fachzeitung verpflichtet ist, an allen Sitzungen des Zentralvorstandes teilzunehmen.“ Des Ferneren wurde der Redakteur verpflichtet, „Einfendungen des Vorstandes, soweit sie auf die Organisation und Agitation Bezug haben, sofort unter „Verbandsheil“ aufzunehmen, sofern preßgesetzliche Gründe dem nicht entgegenstehen.“ Geschäftsberichte müssen an erster Stelle gebracht werden.“

Ein Antrag, das Blatt wöchentlich erscheinen zu lassen, zu welchem eine Kalkulation vorlag, mit der nachgewiesen werden sollte, daß der Verband die dadurch entstehenden Mehrkosten zu tragen im Stande sei, wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, „daß das Blatt ab 1. Januar 1902 anstatt zweimal, dreimal monatlich erscheinen soll.“

„Von gleichem Datum geht die Fachzeitung in das Eigenthum des Verbandes über.“

Es wurden nunmehr in einem besonderen Punkte die auf dem Gebiete der **Agitation** gemachten Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht und Anregung gegeben, wie dieselbe für die Folge fruchtbringender für den Verband zu gestalten sei. Die Diskussion über diesen Punkt endete damit, daß zur Prüfung der unendlich viel hierzu vorliegenden Anträge eine Kommission gewählt wurde, mit der Aufgabe, den Kern derselben zu einer annehmbaren Resolution zusammenzufassen. Aus der von der Kommission ausgearbeiteten, sehr umfangreichen Resolution, die einstimmig Annahme fand, sei nur Folgendes hervorgehoben: „In Anbetracht dessen, daß die Zahl der im Verbands organisierten Kollegen (1300) in einem sehr ungünstigen Verhältnis steht zur Zahl der im Verufe Beschäftigten, zirka 6000, also nur 22 pZt. organisiert sind, müsse eine intensive Agitation entfaltet werden. Das Bestreben des Verbandes müsse darauf gerichtet werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden herbeizuführen. Da dies jedoch zur Zeit noch nicht überall erreichbar sei, solle an allen Orten, wo die Arbeitszeit noch länger als neun Stunden dauere, zunächst dahin gestrebt werden, dieselbe auf neun Stunden zu verkürzen. Für die Bildung der Mitglieder soll durch Agitationsversammlungen und Vertheilung von Schriften belehrenden Inhalts vom Zentralvorstand Sorge getragen werden. Vor den Versammlungen sollen zweckentsprechende Flugblätter verbreitet werden. Die großen Agitationsbezirke sollen aufgehoben und die kleinen vereinigt so vorgenommen werden, daß dieselben möglichst klein werden. Die Agitationsbezirke können von Zeit zu Zeit zu Bezirks-

Es würde überaus interessant sein, diese Erklärung der Kommission in näheren Vergleich mit derjenigen Beurteilung zu setzen, die die Handlungsweise der Affordmurer in der Begründung des Schiedsspruches vom 15. Juli d. J. (siehe Nr. 31 des „Corr.-Bl.“) fand. Wir verlagen uns indes diese Genugthuung mit der Konstatierung, daß die vorstehende Erklärung im Wesentlichen nachholt, was der Parteitag zu Lübeck veräußert hat: die Aufhebung jener, den Traditionen des Klassenkampfes widersprechenden schiedsgerichtlichen Begründung.

Einen sinngemäßen Abschluß gaben die Affordmurer der Einigungskampagne vor dem Hamburger Schöffengericht, vor welches sie den Redakteur des „Grundstein“, Genossen Stanningk, wegen Beleidigung zitierten. Es handelt sich um Bezeichnungen, wie „Streikbrecher“, „Vaulöwen“ und „Auchkollegen“, welche St. gegen die Affordmurer gebraucht hatte und die er nun mit M. 150 Geldstrafe, bezw. 30 Tage Gefängniß büßen muß. Wenn die notorischen Streikbrecher damit sich in der Achtung der Arbeiterklasse rehabilitiert glauben, so müssen sie von deren Empfindungen eine ganz merkwürdige Auffassung haben. Für jeden gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter sind sie nunmehr selbst die Beurtheilten.

**Der Gebietsstreit** zwischen dem Verein der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgenossen und der alten weitverbreiteten Unterstützungs-kasse „Senefelderbund“ ist nunmehr endgültig beigelegt worden. Nachdem sich bereits eine Urabstimmung der Mitglieder des Senefelderbundes für die Abtretung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaft ausgesprochen hatte, beschloß die am 10. und 11. November in Saalfeld stattgefundene Generalversammlung desselben im gleichen Sinne. Ein Protestantrag von Kassel, diese Unterstützungs-zweige wieder einzuführen, wurde abgelehnt und zugleich das Verbot ausgesprochen, daß eine Anzahl von Mitgliedern ihre vermeintlichen Rechte auf diese Unterstützungen in Klagewege sicherstellen lassen wollten. Die alten auf die Reise- und Arbeitslosenunterstützung bezüglichen §§ 20—25 des Statuts wurden aufgehoben.

#### Achtstunden-Demonstrationstag in Australien.

Ein in Sydney wohnender Freund unserer Gewerkschaftsbewegung sendet uns folgenden Bericht über die Feier des Achtstundendemonstrationstages in Sydney:

Wenige Länder im Erdenrund sind mit dem Achtstundentag gesegnet. Unser Kontinent, wie wir mit Recht unser Adoptivland nennen dürfen, erfreut sich zwar noch nicht der Segnungen des allgemeinen gesetzlichen Achtstundentages, doch haben es viele Fachgenossenschaften soweit gebracht, daß in ihren Gewerben derselbe von den Arbeitgebern anerkannt und eingehalten wird, auch in allen Fächern des Regierungsbetriebes ist die Achtstundendarbeitsleistung gesetzlich eingeführt. Seitens der Regierung wird jährlich der erste Montag im Oktober als allgemeiner Festtag bekannt gegeben und findet an diesem Tage ein Aufzug der Achtstündler statt mit ihren Bannern und geschmückten Wagen, auf denen die verschiedenen Gewerbe sinnbildlich dargestellt sind unter Vorantritt von Musikkorps und begleitet von den Mitgliedern der Fachgenossenschaften. Der diesjährige Aufzug, der am 7. Oktober abgehalten wurde, übertraf an Größe und Pracht alle bisher dagewesenen und zeigte, daß das Leben kräftig in den Adern der Fachgenossenschaften pulsiert. Die Zahl der Teilnehmer am Festzuge betrug 15 000, die der Genossenschaften 36. Der Zug wurde durch eine Abtheilung berittener Polizei eröffnet und als sich derselbe von der Macquarie-Straße in Bewegung setzte, ließ der Staatsminister für öffentliche Arbeiten, Herr O'Sullivan, demselben eine

bisher noch nicht stattgefundene Ehrenbezeugung erweisen, durch das Senken der Flagge, die über dem Abtheilungsgebäude für öffentliche Arbeiten wehte. Die beiden Festwagen wurden von den Buchbindern, den Professionsmusikern und den Angestellten der Möbelfabrikation gestellt. Doch auch die Versinnbildlichung der Gewerbe der Glasbläser, Zigarrenmacher und Steinmetzen ließ nichts zu wünschen übrig. Die versammelten Menschenmengen brachten den einzelnen Gruppen beim Vorbeimarsch enthusiastische Ovationen dar, und der Aufzug vollzog sich in größter Ordnung und ohne Aufgebot von Militär, um die Straßen für den Umzug freizuhalten, ein gutes Zeichen für die Ordnungsliebe der hiesigen Bevölkerung. Nachdem die Teilnehmer den Festplatz erreichten, wurde das Festprogramm durchgenommen, während die Ausschüsse der Gewerkschaften und die Leiter der Achtstundenbewegung, sowie die geladenen Gäste, unter denen sich eine Anzahl Bundes senatoren und Abgeordneten sowie Mitglieder des hiesigen und anderer Staatsparlamente befanden, an dem Festessen theilnahmen. Natürlich wurde auch bei dieser Gelegenheit Manches in Reden geleistet, besonders war der Staatspremier, Herr See, voll des Lobes über die organisierte Arbeiterschaft und versprach, den Entwurf eines allgemeinen Achtstundentages in Neu-Süd-Wales einzubringen.

In Deutschland dagegen wird den Maidemonstrationen die berittene Polizei — entgegen geschickt und die Justizbehörden erweisen ihnen die Ehre, denselben die Thore der Gefängnisse zu öffnen und sie mit freiem Staatsquartier zu versorgen. Man sieht, auch wir im Deutschen Reiche haben es schon weit gebracht.

#### Kongresse u. Generalversammlungen.

##### Dritte Generalversammlung des Verbandes der Graveure und Bisleure.

Stuttgart, 16.—21. November 1901.

An den Verhandlungen nehmen Theil 21 Delegierte, 3 Mitglieder des Vorstandes, der Redakteur des Fachorgans und je 1 Vertreter der Preßkommission und Kontrollkommission.

Die Generalversammlung ist eine außerordentliche, die auf Antrag der Mitgliedschaft Berlin einberufen wurde. Die Ursache der Einberufung waren Differenzen zwischen den Zentralvorstand und der Mitgliedschaft Berlin resp. deren Leitung. Der erste Punkt der Tagesordnung war denn auch die Berathung der Gründe, die zur Einberufung der Generalversammlung geführt haben. Die von den Antragstellern vorgeführten Gründe bieten kein allgemeines Interesse, es waren u. A. Meinungsverschiedenheiten über Verwaltungsmaßnahmen und über den Begriff Maßregelung. Auch eine bei einer Berliner Firma erfolgte Arbeitseinstellung führte zu Differenzen. Nach den Ausführungen der Antragsteller sollen diese Vorgänge einen unhaltbaren Zustand gezeitigt haben, der einen störenden Einfluß auf die Entwicklung des Verbandes ausübte. Die Generalversammlung, die sich einen vollen Tag mit dieser Frage beschäftigte, konnte die vorgeführten Gründe nicht für stichhaltig anerkennen, die die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung rechtfertigten. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß für die Folge unter solchen Voraussetzungen keine Generalversammlung mehr einberufen werden soll. Ein Antrag, der dem Ausdruck giebt, wurde mit 19 gegen 5 Stimmen angenommen.

Es folgen nunmehr die Berichte des Vorsitzenden und Kassierers des Verbandes, sowie

konferenzen zusammentreten, auf denen über die Agitation beraten werden soll. Die Agitationskommissionen haben die Pflicht, über ihre Thätigkeit und Erfolge vierteljährlich dem Vorstand Bericht zu erstatten. Das Geschäfts- und Werkstatt-Vertrauensmännerystem soll ausgebildet und des Letzteren Diskussionsabende veranstaltet werden. Des Ferneren sollen, um über die Lage im Beruf und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genügend informiert zu sein, fortlaufend statistische Erhebungen veranstaltet werden."

Beim Punkt Statutenberathung wird ein Antrag, den wöchentlichen Beitrag von 30 auf 40  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen, in namentlicher Abstimmung mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Von den zum Statut gefassten Beschlüssen sind nur folgende von allgemeinem Interesse. Zu den Aufgaben des Verbandes werden noch folgende hinzugefügt:

"Veranstaltung statistischer Erhebungen, sowie Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der Ueberstunden, Afford- und Heimarbeit."

"Erwerbslosen Mitgliedern sind die Beiträge für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu erlassen."

"Die Reiseunterstützung für diejenigen Mitglieder, die 15 $\frac{1}{2}$  und mehr Wochenbeiträge entrichtet haben, wird von M. 15 auf M. 20 (Höchstbetrag) erhöht. Für diejenigen Mitglieder, die weniger als 15 $\frac{1}{2}$ , aber über 52 Wochenbeiträge entrichtet haben, bleibt der bisherige Betrag M. 10."

"Werden verheirathete Mitglieder genöthigt, den Ort zu verlassen, so erhalten dieselben auf Antrag der Lokalverwaltung eine einmalige Unterstützung. Ueber die Höhe derselben entscheidet der Zentralvorstand."

"Beim Ableben eines Mitgliedes zahlt der Verband nach fünfjähriger Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen eine einmalige Unterstützung von M. 25."

"Die Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt." "Zur Deckung der Unkosten derselben wird zu Anfang eines jeden Jahres eine Ertragssteuer in der Höhe des Wochenbeitrages erhoben."

"Zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung ist die Zustimmung der Hälfte der Mitglieder erforderlich."

Des Ferneren wurde noch beschlossen, daß „das Verbandsvermögen sicher angelegt wird, und zwar in derselben Weise, wie es der Porzellanarbeiterverband in neuerer Zeit gethan hat."

Zum Gewerkschaftskongress wurde, nachdem die Wahl des Delegierten erfolgt war, einstimmig folgender Antrag gestellt:

"Um den einzelnen Organisationen die unbedingt notwendige Kontrolle über die Berufskollegen zu geben, beschließt der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, daß den einzelnen Organisationen aufgegeben ist, Mitglieder, für welche eine Spezial-Zentral-Organisation besteht, abzulehnen und letzterer zu überweisen; das Gleiche gilt für die bisherigen Mitglieder."

Die nächste Generalversammlung findet im Juni 1904 in Köln a. Rh. statt.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin und wurden der bisherige Vorsitzende und Kassierer wiedergewählt.

Da der bisherige Redakteur eine Wiederwahl ablehnte, wurde beschlossen, die Besetzung des Redakteurpostens der Filiale Berlin und dem Zentralvorstand zu übertragen.

Als Sitz der Kontrollkommission bleibt Stuttgart.

Der Vorsitzende und Kassierer erhalten für ihre Thätigkeit eine Entschädigung von je M. 35 monatlich. Das neue Statut tritt am 1. April 1902 in Kraft. Eine Resolution, die gegen die Erhöhung der Lebensclasse Protest einlegt, wurde einstimmig angenommen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Der Generalstreik und die französischen Bergarbeiter.

Noch immer dauert die Ungewißheit an, ob der Generalstreik der französischen Bergarbeiter zur Thatsache wird oder nicht. Die dadurch geschaffene Situation ist für große Kreise sehr unbehaglich. Die Schuld trägt vor Allem die Regierung, welcher, gemäß den Beschlüssen des Kongresses in Lens (im Becken des Pas-de-Calais), sechs Monate Zeit gelassen war, um die Realisierung der drei hauptsächlichsten Forderungen der Bergarbeiter in die Wege zu leiten. Man hielt indessen diesen Beschluß, wie so manche sonst hier schon gefassten Beschlüsse, für eine leere Drohung, was derselbe aber nicht war. Die Berechtigung der drei Forderungen: Achtstündiger Arbeitstag, Einfahrt und Ausfahrt mit inbegriffen, Einführung eines Minimallohnes, welcher der Situation (Lebensmittelpreisen zc.) der verschiedenen Becken resp. Regionen anzupassen ist, drittens Pensionsberechtigung von Fracs. 2 täglich nach 25jähriger Arbeit in der Grube und nach zurückgelegtem Alter von 50 resp. 55 Jahren, bedarf keiner Begründung. Die Forderungen sind keine übertriebenen, um so mehr, als sich die Leiter der Bergarbeiterbewegung damit begnügten, wenn wenigstens zwei ihrer Forderungen erfüllt würden. Was sie sehen wollen, das ist ein ernsthafter Anfang zur Durchführung ihrer Forderungen. Um letzteren mehr Nachdruck zu geben, wurde für den 1. November mit dem korporativen Generalstreik gedroht. Wenn nun an denselben seitens der Anhänger des allgemeinen Generalstreiks die Hoffnung geknüpft wurde, die Bewegung der Bergarbeiter zu benutzen und die gesammte Produktion zum Stillstand zu bringen, um so eine revolutionäre Situation zu schaffen, welche man nur zu benutzen brauchte, so sind hierfür die Bergarbeiter nicht verantwortlich zu machen; Letztere scheinen sich übrigens hinsichtlich der Verallgemeinerung ihres event. Generalstreiks keinen Illusionen hinzugeben.

Angeichts der großen Bedeutung des Bergbaues für ein Land wie Frankreich und der in demselben beschäftigten Arbeiterschaft, hätte die von der Regierung eingesezte außerparlamentarische Kommission und die Regierung selbst schon ein wenig fleißiger sein können, und zwar um so mehr, als den Arbeitern seitens des Handelsministers und des Minister-Präsidenten Versprechungen gemacht worden sind, die nicht gehalten wurden. Vielsach ist auf die Rede des Herrn Waldeck-Rousseau vom 13. März verwiesen worden, in welcher sich derselbe betreffs des Achtstundentages für die Bergarbeiter, sympathisch ausließ; schon damals erklärte er aber auch, daß bei dieser Einführung darauf geachtet werden müsse, daß die Kohlenproduktion Frankreichs nicht darunter leide. Seitdem haben nun die Kompagnien zu beweisen gesucht, daß bei Einführung des Achtstundentages ein Produktionsausfall bis zu 20 pZt. zu befürchten sei zc.; natürlich erklärten sich dieselben gegen jede Reduktion. Die Mitglieder des Bundescomités der Arbeiter, welche seitens der betreffenden Kommission der Kammer nach Paris vorgeladen wurden, bewiesen aber, daß die Berechnungen der Kompagnien falsch seien, und erklärten, daß die Produktion selbst nach Einführung des Achtstundentages keine geringere sein würde.

Die Situation des Bundes-Comités war unter all' diesen verschiedenen Umständen wirklich eine sehr schwierige; seitens der Bergarbeiter wurde darauf gedrungen, endlich einmal durch die Erklärung des Generalstreiks eine klarere Lage zu schaffen und der Generalsekretär Cotte in Saint Etienne, welcher schließlich zu entscheiden hatte, befaß sich seit Wochen und auch jetzt noch in keiner beneidenswerthen Lage, weil er, wie auch seine Kollegen vom Bundescomité, wohl begriffen, daß die zu

lösenden Fragen zu verwickelte seien, um binnen wenigen Tagen gelöst zu werden; andererseits verwiesen die Freunde der Bergarbeiter auch darauf, daß die Ausnahmegesetze gegen die Anarchisten seinerzeit (1894) binnen wenigen Tagen diskutiert und erlassen wurden; das Gleiche könne auch jetzt geschehen, wenn man nur wolle.

Die beiden kompetenten Kommissionen der Kammer bemühen sich nun reblich, so schnell wie möglich zu arbeiten. Hinsichtlich des Achtstundentages machte der Minister für öffentliche Bauten z., Vaudin, am 22. November der Kommission der Arbeit folgende Vorschläge, für welche sich der Ministerrath am Vormittage desselben Tages erklärt hatte, welche aber leider sehr von der gestellten einfachen Forderung des Achtstundentages abwichen. Nach einem Hinweis auf die Verschiedenheiten der Arbeitsweisen je nach den verschiedenen Regionen resp. Becken, will die Regierung dreierlei Abweichungen vorsehen wissen; die erste hat Bezug auf nicht normale, schwierige oder arme Minen; nach Anhörung des Generalraths der Minen hätte hier der Minister zu entscheiden. Die zweite Art von Abweichungen bezieht sich auf sonst normale Minen, welche sich infolge von Unfällen oder ausnahmsweise bedeutenden Bedürfnissen in einer bedrängten Situation befinden; hier sollten Abweichungen für gewisse Konzeptionen, einzelne Gruben oder nur gewisse Theile derselben, oder auch nur für gewisse Arbeiter-Kategorien bewilligt werden. Drittens sind Abweichungen für gewisse Arbeiter-Kategorien vorsehen; hierüber heißt es: „Wenn es nützlich erscheint, für gewisse Arbeiter-Kategorien zu intervenieren, welche eine spezielle und penible Arbeit haben, so ergibt sich doch daraus nicht die Nothwendigkeit, die Arbeit für die anderen Kategorien von Arbeiten durch das Gesetz zu regeln.“ Weiter erklärte der Minister, daß sich das Gesetz nur auf die Arbeiter unter Tag beziehe; auch könne das Gesetz nur allmählig eingeführt werden, und zwar so, daß die Arbeitszeit zuerst auf 9 oder 9 $\frac{1}{2}$  Stunden festgesetzt würde, dann auf 8 $\frac{1}{2}$ , und schließlich auf 8 Stunden; als kürzeste Uebergangszeit zum Achtstundentag bezeichnete er den Zeitraum von vier Jahren. Von der Festsetzung eines Minimallohnes will die Regierung nichts wissen, weil die Regierung diese Frage nicht nur allein für die Bergarbeiter regeln könnte. Hinsichtlich der Dauer der Arbeit in den Minen interveniere die Regierung nur aus menschlichen Gründen, dann wegen der Sicherheit und im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege; mehr könne sie nicht thun, da die Minen eine Industrie wie die anderen seien. Sache der Arbeiter würde es nun sein, zu beweisen, daß die Reduktion der Arbeitszeit keine Verminderung in der Kohlenproduktion zur Folge hätte. Wir wollen nicht, sagte der Minister, aus den Minen eine Staatsindustrie machen, und wir würden dies thun, wenn wir in dieser Hinsicht noch weiter gehen wollten.

Nach Anhörung des Ministers Vaudin beschloß die Kommission, daß ihr Berichtstatter, Odilon-Barrot, für den 26. Novbr. einen Bericht über die Frage zu liefern habe.

Dem „Economiste français“, dem Organ des Herrn Leroy-Beaulieu, dem autorisieretsten Vertreter des großen Unternehmertums, geht die Einnischung der Regierung schon viel zu weit. Obgenanntes Organ erklärt, daß die immer größer werdende Einnischung des Staates in das industrielle Regime eine größere Gefahr als selbst der Generalstreik darstelle, weil, nach den Bergarbeitern, auch die Metallarbeiter, die Hafnarbeiter, die Eisenbahnbeamten, die Weber und die Spinner und schließlich auch die Ackerbauarbeiter an den Staat wegen Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse appellieren könnten; dieser drohende Zustand wird als absolute Anarchie bezeichnet und die Regierung dringend aufgefordert, gemeinsam mit dem Parlamente, jede Einnischung abzulehnen. Zum Schluß heißt es: „Tausend Mal besser wäre der Generalstreik!“

Während all' dieser Verhandlungen mit der Regierung und den zwei Kommissionen der Kammer riß aber einem Theile der Bergarbeiter die Geduld; sie wollten nicht länger warten und so brach gerade in dem sonst ruhigen Becken des Nordens, in den Hauptorten Anzin, Aniche z., sowie in einem Theile des Beckens von Pas-de-Calais, dort wo auch die französische Arbeiterpartei (Richtung Guesde) ihre Anhänger zählt, in Avion und Tourges, der Streik aus. Zu gleicher Zeit bezeichnete man dort die alten Führer der Bergarbeiter, wie Vasin, Lamendin, Erard z., als Verräther und Werkzeuge der Regierung. Ein anderer Führer im Norden, Bergant, ermahnte so lange er konnte zur Geduld, mußte aber schließlich nachgeben, und so wurde am 19. November im Becken von Anzin in einer Delegiertenversammlung der Sektionen des Beckens der sofortige Streik beschlossen; von 45 Delegierten stimmten 42 dafür, nur 3 erklärten, erst ihren Sektionen berichten zu müssen. Am nächsten Tage brach der Streik aus, indessen war es kein allgemeiner. Schon nach wenigen Tagen begriffen die Arbeiter, daß diese Ausbrüche des Jornes und der Ungebuld keine schnellere Lösung der schwebenden Fragen herbeiführen konnten; im Pas-de-Calais und auch in Avion entschieden sich die Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit, sobald die Kompagnien keine Entlassungen vorzunehmen versprächen. Und in Denain (Norden) wurde am 23. November der gleiche Beschluß gefaßt; nur die Delegierten der Gruben von Qui vrechain und Donnaing waren nicht erschienen; es wurde beschlossen, die Arbeit am 25. November wieder aufzunehmen; die Arbeiter in Montceau-les-Mines und der anderen Regionen verhielten sich bisher ruhig, trotzdem die Organisirten in Montceau, die „Nothen“, in unerhörter Weise seitens der „Gelben“, der Streikbrecher, seit einiger Zeit belästigt werden. Die von der Arbeit kommenden Leute werden unter Demüthigung von Messern und Revolvern angefallen, und zählt man schon elf Verwundete, darunter mehrere Schwerverwundete. Bis jetzt ist indessen Keiner von diesem „arbeitswilligen“ Gefindel aufgefunden worden.

Die reaktionäre und kapitalistische Presse hegte so gut sie konnte die Arbeiter zum Streik, weil sie hoffte, daß es zu Zusammenstößen zwischen der Armee und den Arbeitern kommen würde; diese Vorkommnisse wären dann erstens gegen die jetzige Regierung ausgebeutet worden und dann gegen die Republik im Allgemeinen. Seitens der nationalistischen Presse war zum Beispiel das Gerücht überall verbreitet worden, daß die Arbeiter in Montceau les Mines (immerhin noch etwa 7—8000) fast alle bewaffnet wären, und zwar mit einem ausgerangierten Militärgewehr, Modell Gras, welches seit etwa 15 Jahren durch das jetzige Kleinkalibrige Lebelgewehr ersetzt wurde; die umgearbeiteten Grasgewehre dienen aber nur zu Jagdzwecken. Damit die Gerüchte einen größeren Eindruck machen sollten, hieß es, daß die Arbeiter nicht nur Grasgewehre, sondern auch Lebelgewehre hätten und an allerhand Munition mangelte es nicht. Die Regierung schien schließlich diesen Gerüchten Glauben zu schenken; ein Waffenverbot wurde erlassen und die Besitzer von solchen, unter Androhung der Hausfuchung und Bestrafung aufgefordert, die Waffen abzuliefern; etwa 250 Gewehre wurden abgeliefert, wovon eine Anzahl von den „Gelben“ herrührte. Seitdem haben ja diese Hegorgane ihre Verläumdungen gegen die Arbeiter in Montceau einstellen müssen; indessen tagtäglich fällt man trotzdem in Sarkastischer Weise über die Führer der Bergarbeiter her und namentlich über die zur Mäßigung und Vorsicht mahnenden. Die Letzteren, die sieben Delegierten der Verbände und regionalen Organisationen, wie Bekant (Norden), Chabrolin (Süden), Girardet (Loire), Merzet (Montceau), Dubat (Centrum), Joucaziel (Carmaux), Erard (Pas-de-Calais) sind sich zum Glück ihrer großen Verantwortlichkeit gegenüber der Bergarbeiter-Bevölkerung bewußt

11stündigen Arbeitszeit in der Fabrik sind die Arbeiterinnen vielfach genöthigt, wollen sie nicht entlassen werden, Arbeit für Feierabend und Sonntag mit in ihr Heim zu nehmen. Das Allerschlimmste: Kinder und Jugendliche dürfen im eigenen Heim unbehindert beschäftigt werden.

Die Nachtheile, welche die Heimarbeit mit sich bringt, werden durch das in fast allen Industrien vorhandene Zwischenmeister-System in unglaublicher Weise gesteigert.

Wir eruchen an erster Stelle, der Hohe Reichstag wolle beschließen:

1. Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf die gesammten Heimarbeiter.
2. Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder und Arbeit der Kinder vor dem schulpflichtigen Alter in der Heimarbeit.
3. Unterstellung der gesammten Heimarbeit unter die Kontrolle durch Gewerbe-Inspektorinnen.
4. Erlass strenger Vorschriften über die Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, und diese jederzeit den Beamten der Gewerbe-Inspektion zur Einsicht vorzulegen.
6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nacharbeit in der Zeit zwischen Abends 8 und Morgens 6 Uhr.
7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.
8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältniß entsprungen sind.
9. Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
10. Androhung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Die enorme Ausdehnung der Heimarbeit, die von Jahr zu Jahr zunimmt und die Gefahren, welche die Schullosigkeit der Heimarbeiter für diese wie für die Gesamtheit unbestreitbar im Gefolge haben, machen ein rasches und gründliches Vorgehen der gesetzgebenden Faktoren zu einer dringenden Nothwendigkeit.

Für die **Blumen- und Federbranche:**

Frau Emma Threr, Pankow, Schönholzerstr. 8a.

Frau Clara Könsch, Berlin, Blumenstr. 75.

Für die **Buchdruck-Gülfsarbeiterinnen:**

Fräulein E. Seydemann, Alte Jakobstr. 118.

Frau Paula Thiede, Elbingerstr. 27.

Für die **Metallbranche:**

Frau Martha Liez, Blumenstr. 63.

Für die **Pfamentenbranche:**

Frau Marie Hofmann, Kurfürstendamm 231.

Für die **Legilarbeiter:**

Fr. Ida Altmann, Wilmerödorf, Pfalzburgerstr. 53.

Frau Agnes Reinhold, Blumenstr. 73.

Für die **Wäschebranche:**

Frau Minna Rosenstengel, Blumenstr. 37.

Frau Hahnhold, Oberbergerstr. 37.

#### **Bauarbeiter-Inspektion in Braunschweig.**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten in Braunschweig hatten einen Antrag eingebracht, wonach zur Ueberwachung der Sicherheitsvorrichtungen zwei Baukontroleure aus dem Arbeiterstande anzustellen sind. Zum

Mindesten verlangten sie eine bestimmte Kontrolle seitens des Stadtbauamts. Ein anderer Antrag lautete, daß auf jedem Bauplätze ein Verbandskasten mit bestimmtem Inhalte vorhanden sein muß. Beide Anträge waren eine Folge der bei den letzten Baunfällen zu Tage getretenen Zustände. Trotzdem wurde der erste Antrag von der Mehrzahl der bürgerlichen Vertreter einer Disfussion nicht für werth gehalten. Der andere wurde, obwohl der Bürgermeister denselben bekämpfte, angenommen.

#### **Achtstundentag für den belgischen Bergbau.**

Die Bergarbeiter der "Union des Mineurs" in Gilly (Belgien) beschlossen vor 8 Tagen, energisere Schritte zur Erringung des Achtstundentages zu unternehmen. Die zahlreich besuchten Versammlungen beschlossen, eine Delegation an die Zechenverwaltungen zu senden, die die Forderung der Arbeiter "Einführung der Achtstundenschicht inklusive der Ein- und Ausfahrt" vom Dezember an einzuführen, vortragen sollte. Ch.

#### **Kinderarbeit in Amerika.**

In den Südstaaten der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas, in Alabama, Carolina, Georgia usw. hindert noch keinerlei Gesetz die Beschäftigung der Kinder, und die Besitzer der großen Baumwollspinnereien machen sich diese Abwesenheit aller gesetzlichen Schranken weidlich zu nuge. In diesem Winter wird nun die amerikanische Föderation of Labour eine Agitation zur Einschränkung der Kinderarbeit in jenen Staaten entfalten, im Besonderen widmet sich eine Frau, Irene Ashby Macfadnen, dieser Agitation. Es wird dafür gesorgt werden, daß in allen jenen Staaten den gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetzentwurf unterbreitet wird, der im Wesentlichen dieselben Bestimmungen enthält. Wie groß die Mißstände jetzt sein müssen, kann man ermessen an den Bestimmungen, die in jenem Entwurf aufgestellt sind. Darnach sollen Kinder unter 12 Jahren nicht mehr beschäftigt werden, ausgenommen die Waisen, Kinder der Wittwen und arbeitsunfähiger Eltern; diese sollen schon vom zehnten Lebensjahre an in der Fabrik beschäftigt werden können. Ferner wird gefordert, daß Kinder unter 14 Jahren nicht mehr als sechzig Stunden die Woche und keine Nacharbeit zu leisten haben. Von jedem Kinde soll ein Zeugniß der Unterrichtsbehörde verlangt werden; kein Kind von zwölf Jahren darf beschäftigt werden, wenn es nicht lesen und schreiben kann. Kinder unter 14 Jahren müssen wenigstens drei Monate im Jahre die Schule besuchen, von welchen sechs Wochen hintereinander liegen müssen. H. P.

#### **Gewerbegerichtliches.**

**Wahlen.** In Birmasens siegte am 22. November die Kandidatenliste des Gewerkschaftskartells mit 1350 Stimmen. Auf die Kandidaten der vereinigten christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine entfielen 250 Stimmen.

Weitere Wahlsiege der Gewerkschaftsvertreter werden berichtet aus Eisenach, Hirschberg und Belbert (Rheinland).

**Einigungsamt in Massachusetts.** Der fünfzehnte Jahresbericht der staatl. Board of Arbitration and Conciliation in Massachusetts für 1900 theilt mit, daß das Amt in 54 Fällen intervenierte, und zwar bei 40 Streiks, 4 Aussperrungen und 10 anderen Fällen. 27 dieser Streitfälle wurden im einigungsamtlichen Wege und 2 durch Schiedsspruch erledigt, während 20 Fälle ohne definitives Eingreifen des Amtes erledigt worden, und 5 blieben bei Jahreschluß noch in der Schwebe.

In 34 Fällen ergriff das Amt selbstständig die Initiative, 6 Mal forderten beide Parteien und 14 Mal je eine Partei seine Intervention.

und wollen nur im alleräußersten Falle zum letzten Mittel, dem Generalstreik, greifen, um so mehr als die kürzlich stattgefundene Konferenz des internationalen Comités der Bergarbeiter in Douvres, bei den französischen Delegierten keine Illusionen hinterlassen hat.

Die nächste Woche dürfte eine Entscheidung bringen, weil die beiden Kommissionen schließlich doch mal mit ihren Arbeiten zu einem Resultat kommen müssen. Der Loire-Verband schlug seitdem vor, indem er sich gegen die Einzelstreiks in einem Manifest ausdrückt, binnen kurzem einen Nationalkongress einzuberufen, und wird für die Abhaltung desselben Paris vorgeschlagen; hierüber haben sich nur die anderen Verbände zu äußern; dieser Beschluß datiert vom 20. November.

So manche Anzeichen deuten darauf hin, daß sich der Ausbruch des Generalstreiks, wenn es doch zu demselben kommen sollte, bis zum Monat Januar hinauszuziehen dürfte; allerdings wird hierüber vor Allem das Resultat der Arbeiten der parlamentarischen Kommissionen und die Haltung der Regierung maßgebend sein. Zeigen die Kommissionen und die Regierung wirklich den ehrlichen Willen, dann ist die Hoffnung auf eine Vermeidung des drohenden Kampfes berechtigt.

Die parlamentarische Lage Frankreichs hat sich gegen die der letzten Session wenig verändert. Seitens der Reaktionen aller Schattierungen und der Nationalisten wie der Melinisten wird ja alles nur Mögliche gethan, um das jetzige Ministerium, welches zum Erstaunen fast aller Parteien nun bald seit zweieinhalb Jahren am Ruder ist, zu Fall zu bringen. Die größere Zahl der Radikalen, ein guter Theil der gemäßigten Republikaner, wie die Mehrheit der sozialistischen Vertreter, wissen sehr wohl, daß sie beim Tausch des jetzigen Ministeriums mit einem Melinistischen nur verlieren würden, und deshalb treten sie für dasselbe ein. Leider wird hierdurch der sozialistischen Partei in ihrer Gesamtheit ein Theil der Schuld der Fehler des jetzigen Ministeriums zugeschrieben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Neuwahlen (im Mai 1902) von dem jetzigen Ministerium geleitet werden und daß die Anstrengungen der Reaktionen und Nationalisten vergeblich sind.

\* \* \*

**Nachschrift.** Herr Odilon-Barrot, der provisorische Berichterstatter der Kommission der Arbeit, gab heute Vormittag seinen Bericht über die Vorschläge des Ministers Vaudin ab; die Kommission adoptierte den ersten Artikel des Projektes Odilon-Barrot, nach welchem der Maximalarbeitstag in den Kohlen-Bergwerken vom 1. Juli ab, welcher der Promulgierung des Gesetzes folgt, auf 9 Stunden festgesetzt wird; zwei Jahre später werden die 9 Stunden auf 8 $\frac{1}{2}$  herabgesetzt und vier Jahre später auf 8 Stunden. In der nächsten Sitzung wird die Kommission über die zu machenden Ausnahmen beraten. Herr de Mun (Christlich-sozial) verlangte, daß die Regelung der Arbeitszeit in den Minen den Arbeitsräthen übertragen werde; die Kommission verwarf dies. — Die in letzter Woche in den Streik getretenen Bergarbeiter haben überall wieder die Arbeit aufgenommen. Zwei Delegierte aus Montceau, Merzet und Escalier sind im Norden, um dort für die schnelle Abhaltung des Nationalkongresses zu agitieren.

**Zur Situation der Glasarbeiterausperrung** theilt der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter mit, daß noch 210 Verheirathete mit 559 Kindern und 60 Ledige zu unterstützen sind. An der Aussperrung sind noch 17 Orte betheilig. In Nienburg sind noch 44, in Gerresheim 44 und in Obernkirchen 43 außer Arbeit. In der Woche vom 12. bis 16. November gingen an Unterstützung M. 2764,46 ein. Insgesamt wurden bisher M. 483 062,22 quittiert. Weitere Sendungen nimmt entgegen G. Hamann, Berlin SO, Laufherstraße 26, 1. Etage.

## Arbeiterschutz.

### Gesetzeschutz für die Heimarbeitenden.

Der Reichstag wird sich voraussichtlich in seiner nächsten Tagung mit der Frage zu beschäftigen haben, in welcher Weise durch gesetzgeberische Maßnahmen der nachtheiligen Wirkung der Heimarbeit vorgebeugt werden kann. Der Verband der Schneider hat auf's Neue die Anregung gegeben, Reichstag und Regierung sollen die lange in Aussicht gestellten Gesetzesbestimmungen bezüglich der Heimarbeit in der Konfektionsindustrie endlich erlassen. Der Reichstag wird genöthigt sein, bei passender Gelegenheit zu den von den Schneidern gestellten Forderungen, denen ein umfangreiches Material zur Begründung beigegeben ist, Stellung zu nehmen.

Es ist aber nothwendig, nicht nur über den Schutz der Heimarbeiter in der Konfektionsindustrie, sondern über die schädlichen Wirkungen der gesamten Hausindustrie zu beraten und in erster Linie für die Letztere allgemein gültige Gesetzesbestimmungen zu erlassen. Deswegen soll durch die nachstehende, an den Reichstag gesandte Petition bewirkt werden, daß es nicht bei einer Erörterung der Verhältnisse in der Konfektionsindustrie bleibt.

Die in der Petition aufgestellten Forderungen sind gegenüber den in Nr. 46 Seite 751 des „Korrespondenzblatt“ verzeichneten etwas erweitert. Es ist dies nach Rücksprache mit den sich mit der Sache beschäftigenden Personen geschehen und dürfte mit Erlaß der erwähnten Bestimmungen den dringenden Bedürfnissen auf diesem Gebiete Rechnung getragen sein.

Wir veröffentlichen die Petition im vollen Wortlaut, um die Mitglieder der Gewerkschaften anzuregen, sich mit der Frage der Heimarbeit zu beschäftigen und durch eine allgemeine Agitation dazu beizutragen, daß dem in der Hausindustrie herrschenden Elend in geeigneter Weise gesteuert wird.

Es muß nicht nur im Parlament, sondern auch in der Arbeiterschaft die Frage gründlich erörtert werden, und ist die Bewegung so lange in Fluß zu halten, bis die berechtigten, der Wohlfahrt des gesammten Volkes dienenden Forderungen der Arbeiter erfüllt sind.

Die Petition lautet:

#### An den Hohen Reichstag

richten Unterzeichnete das Ersuchen:

durch gesetzliche Maßnahmen die hausindustriellen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die ungeheuerliche Ausbeutung, welcher diese in allen Industrien ausgesetzt sind, zu schützen. An Stelle einer eingehenden Schilderung des Wesens und der Gefahren der Hausindustrie beziehen wir uns auf die dem Hohen Hause vom Verband der Schneider überreichte Denkschrift: „Schutz den Heimarbeitern“, in welcher die überaus traurigen Zustände, die in der Hausindustrie durchweg herrschen, eingehend geschildert werden. Wir bemerken nur, daß beispielsweise in der Weißnäherie, über deren elende Löhne und Arbeitsverhältnisse bereits eine amtliche Enquete Aufschluß gab, jetzt ebenfalls die Hausindustrie eine große, für die Fabrikarbeiterin verhängnißvolle Rolle spielt. Ebenso aber auch in der Textil-, Tabak-, Posamenten-, Blumen-, Metallindustrie u. A. m.

Nicht allein die Heimarbeitenden selbst leiden unter den in der Denkschrift geschilderten Uebelständen und Gefahren, sondern auch die Fabrikarbeiter, deren Arbeitsgelegenheit infolge der Konkurrenz vermindert, deren Löhne immer weiter gekürzt werden.

Die guten Wirkungen, welche die Arbeiterschutzgesetze für die in Fabriken Arbeitenden haben könnten, werden dadurch häufig aufgehoben. Nach Ablauf der